

Berichte

Das Magazin des Difu



Aus dem Inhalt

- 4** **Standpunkt**
Der Einsatz Künstlicher Intelligenz ist auch für Kommunen interessant
- 6** **Sonderthema**
OB-Barometer 2023: Flüchtlingshilfe wichtigste Aufgabe der Kommunen
- 8** **Forschung & Publikationen**
KfW-Kommunalpanel 2023: Investitionsrückstand steigt moderat
- 24** **Neue Projekte**
Plattformökonomie und Stadtentwicklung
- 29** **Veranstaltungen**
Inklusion in Kommunen: Was ist der Sozialraum?

Editorial

Standpunkt

- 4 Der Einsatz künstlicher Intelligenz ist auch für Kommunen attraktiv

Forschung & Publikationen

- 6 OB-Barometer 2023: Flüchtlingshilfe ist aktuell die wichtigste Aufgabe
- 8 KfW-Kommunalpanel 2023: Investitionsrückstand steigt moderat
- 10 Halbzeitbilanz Agenda 2030: Trotz Fortschritten mehr Tempo notwendig
- 11 Datenstrategien: Wie Kommunen den Umgang mit Daten meistern können
- 13 Resilienz: Wie Kommunen besser mit Krisen umgehen können
- 14 Urbane Xtopien: Kreative Ideen für demokratische Zukünfte
- 15 Flächennutzungsplanung in Kommunen stärkt Innenentwicklung
- 21 „Moderne Stadtgeschichte“ mit dem Schwerpunkt Stadt und Inflation
- 22 Kommunalen Klimaschutz umsetzen mit dem digitalen Praxisleitfaden
- 23 Öffentliches Grün: Weiterentwicklung von Orientierungswerten

Neue Projekte

- 24 Plattformen und Stadtentwicklung
- 24 Kulturarbeit in Landkreisen
- 25 Ankunftsquartiere gestalten
- 25 Wärmenetze für das Land Berlin
- 26 SK:KK → Agentur für Klimaschutz
- 26 Praxistest: Öffentliches Grün
- 27 Fuß- und Radverkehr sicher gestalten
- 27 Sicherheitsrisiko Parken!

Veranstaltungen

- 28 Veranstaltungsvorschau
- 29 Inklusionsgerechte Kommune: Was ist der Sozialraum?
- 30 Nachhaltiger Wandel durch Kultur?

Nachrichten & Service

- 16 Was ist eigentlich Curbeside Management?
- 17 Veröffentlichungsüberblick
- 19 Difu-Service für Zuwanderer
- 20 Difu-Informationsangebote/ Impressum
- 32 Difu-Intern: Abschied und Neubeginn
- 33 Difu aktiv
- 34 Neues im Inter-/Extranet des Difu
- 35 Difu-Presseresonanz

Editorial



Foto: Difu

Liebe Leserin, lieber Leser,

das vermeintlich Originellste, was ich derzeit als Verfasser dieses Editorials tun könnte, wäre, diese kurze Kolumne von ChatGPT schreiben zu lassen, um Ihnen zu demonstrieren, wie nah die künstliche Intelligenz auch schon der realen Arbeitswelt des Difu gekommen ist. Wir sind uns auch ohne ein solches Experiment bewusst, dass KI unsere Arbeit am Difu verändern wird. Und das in zweierlei Hinsicht: Die Städte – ob in der klassischen Innenstadtentwicklung, in der Mobilität oder bei der Gewerbeansiedlung – werden sich verändern, weil sich mit Hilfe der KI die Gestaltungsoptionen ändern werden.

Und auch die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler am Difu müssen sich neuen Rahmenbedingungen stellen. Ist die Nutzung von KI normaler technischer Fortschritt, den man einfach in seine Arbeit integriert – so wie heute selbstverständlich niemand mehr die Schreibmaschine dem PC vorzieht? Oder gehen die Objektivität und die Nachprüfbarkeit – zwei wichtige Qualitätsmerkmale wissenschaftlichen Arbeitens – verloren, wenn wir Informationen verarbeiten, deren Herkunft und Entstehung wir nicht nachvollziehen können? Wir haben noch keine abschließenden Antworten für uns gefunden. Aber wir haben auf unserer jährlichen internen Institutskonferenz offene Fragen dazu diskutiert, sie für uns transparent gemacht, und wir werden uns kontinuierlich mit dieser – nicht nur für unsere Arbeit – bedeutsamen Entwicklung auseinandersetzen. Mein Kollege Dr. Jens Libbe, der bereits seit vielen Jahren über Digitalisierung in der Stadtentwicklung forscht, hat in diesem Berichte-Heft einen lesenswerten Standpunkt zum Thema künstliche Intelligenz geschrieben.

Ich möchte an dieser Stelle gerne auch auf zwei „Difu-Klassiker“ hinweisen, deren Ergebnisse in diesem Heft – neben vielen anderen wichtigen Projekten – präsentiert werden: das OB-Barometer, das das Difu jährlich als Eigenprojekt auflegt, und das KfW-Kommunalpanel, das wir jedes Jahr im Auftrag der KfW-Bankengruppe erstellen. Und dafür lege ich die Hand ins Feuer – diese Projekte sind (noch?) ausschließlich mit menschlicher Intelligenz erstellt worden.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Prof. Dr. Carsten Kühl
Wissenschaftlicher Direktor, Geschäftsführer

Der Einsatz künstlicher Intelligenz ist auch für Kommunen attraktiv

Die letzten Monate waren durch die Debatte über mögliche Risiken und Kontrollverluste durch die rasante Fortentwicklung künstlicher Intelligenz geprägt. Zugleich sind die Potenziale enorm groß, wie der steigende Einsatz in den Kommunen bereits heute zeigt.

Forschung und Entwicklung im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI) vollbrachten in den letzten Monaten einen Quantensprung. Im Fokus stand vor allem das Sprachmodell GPT (Generated Pre-trained Transformer). Die 2022 veröffentlichte Version sorgte bereits unter Fachleuten für Furore, inzwischen sind Updates erschienen, die für viele Lebensbereiche hilfreiche digitale Unterstützung leisten. So können durch KI-gestützte Tools vielfältige Aufgaben erfüllt werden: Sie geben Bildinhalte als Text wieder, programmieren Websites samt Shop, schreiben Reden, recherchieren, entwickeln Konzepte, erstellen Präsentationen, kreieren täuschend echte Fotos und Videos, komponieren Musik, entwickeln Logos – der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Damit erbringen KIs Leistungen, die bisher allein menschlichem Denken und menschlicher Kreativität vorbehalten schienen. Weltweite Beachtung erzielten kürzlich durch KI geschaffene Fake-Fotos, die den Papst in hipper zeigten und in den sozialen Medien viral gingen. Und damit wird auch eines der großen Risiken der KI deutlich: Wie unterscheidet man Original und Fälschung – und welche Folgen kann es haben, wenn man Fake-News für Wahrheit hält?

Aufmerksamkeit erfahren aktuell auch Entwickler*innen und -Finanziers von KI: Einerseits fordern prominente Fachleute der Tech-Elite eine Entwicklungspause für KI-Tools. Denn es besteht Sorge über möglicherweise negative und unumkehrbare Folgen der sich exponentiell entwickelnden Systeme. Andererseits positionieren sich führende Entwickler*innen von KI bereits im globalen Zukunftsmarkt der künstlichen Intelligenz. Die Grenze zwischen Fragen ethischer Verantwortung und wirtschaftlichen Interessen verschwimmt zunehmend. Und erstaunlich ist nicht nur die Dynamik der technologisch-wirtschaftlichen Entwicklung, sondern auch die Veränderung in der Debatte um KI: Noch bis vor Kurzem wurde in Aufsätzen darauf verwiesen, dass die Nachahmung oder Überflügelung menschlicher Intelligenz im Sinne einer „starken KI“ ein eher hypothetisches Zukunftsszenario sei. Während aktuell diskutiert wird, ob die Weiterentwicklung mächtiger KI-Systeme eigentlich noch verantwortbar ist, solange wir uns nicht sicher sein können, dass ihre Effekte für die Menschheit positiv und die Risiken beherrschbar sind.

Klar ist, dass KI enorme Potenziale, aber auch außerordentliche Gefahren birgt, wobei wie bei jeder Technologie das größte Risiko der Mensch selbst ist. Die Wertedebatte ist von hoher Dringlichkeit, wie dies auch der Deutsche Ethikrat in seinem jüngsten Gutachten deutlich macht. Existierende Initiativen, wie die KI-Strategie der Bundesregierung oder der von der EU-Kommission geplante Rechtsrahmen für die Nutzung von KI, müssen der sprunghaften Entwicklung Rechnung tragen.

Künstliche Intelligenz steht für Technologien und Anwendungen, die eine zentrale menschliche Eigenschaft nachvollziehen: Die Fähigkeit wahrzunehmen, zu analysieren und auf Vernunft basierende Entscheidungen zu treffen. Der Schlüssel dazu ist „maschinelles Lernen“, welches auf der Basis von Massendaten – Big Data – verknüpft mit automatisierten statistischen Methoden Muster erkennt, Modelle erfasst und erlernt. Ein Teilbereich des maschinellen Lernens ist Deep Learning, bei dem künstliche neuronale Netzwerke anhand riesiger Datenmengen lernen.

Losgelöst von der aktuellen Auseinandersetzung um starke KI – die sich menschlicher Intelligenz annähert oder sie sogar überflügelt – haben Anwendungen einer „schwachen KI“ – Beispiele hierfür sind Bild- und Spracherkennung, Navigations- und digitale Assistenzsysteme – längst Einzug in unseren Alltag gehalten. Dies zeigt sich auch in den Kommunen, wo der Einsatz von KI und selbstlernender Algorithmen auf Basis komplexer Datenmengen in Echtzeit mit dem Terminus der Smart City zum Ausdruck gebracht wird. Effizienzgewinne im Verwaltungshandeln können beispielweise durch die verbesserte Analyse von Daten, Dokumenten und Prozessen erreicht werden. Die Interaktion mit den Bürger*innen könnte durch KI-gestützte Behördenplattformen, Online-Bürgerservices oder Dialog-Assistenzsysteme dienstleistungsorientierter gestaltet werden. E-Partizipationsplattformen, Community-Apps bis hin zu Formen der Augmented (erweiterten) und Virtual Reality erweitern das Spektrum von Teilnehmungs- und Kommunikationsformaten etwa dadurch, dass unterschiedliche Zielgruppen spezifisch angesprochen werden können. Stadtentwicklung und -planung können durch automatisierte Durchforstung und Verknüpfung von



Foto: Difu



Dr. Jens Libbe
+49 30 39001-115
libbe@difu.de



Foto: Adobe Stock, Prostock-studio

Datenbeständen sowie Mustererkennung in großen Datenmengen bessere Entscheidungsgrundlagen erhalten. Wünsche der Bürger*innen können durch eine KI-gestützte Strukturierung von Stellungnahmen besser berücksichtigt werden.

Digitale Zwillinge – virtuelle Repräsentationen physischer Objekte im Netz – können eine Inspirationsquelle für kreative Entscheidungsprozesse sein, da sich darüber planerische Vorhaben und notwendige Prozessabläufe abbilden lassen. Im Bereich der öffentlichen Sicherheit zeigen sich Möglichkeiten der sensorgestützten Steuerung und Überwachung. Besonders bedeutsam ist der Einsatz von KI bereits heute im Bereich der Mobilität, zum Beispiel bei der Zustandsbewertung von Straßen oder bei der Verkehrsflussanalyse und -prognose. Künftig werden der automatisierte Personennahverkehr oder intelligente Verkehrssysteme wichtiger. Im Energiebereich geht es vor allem um eine bessere Steuerung bidirektionaler Energieflüsse einschließlich notwendiger Speichersysteme oder auch die Kommunikation von öffentlichen Energienetzen und Gebäudetechnik.

Welcher Einsatz von KI-Systemen im Einzelfall sinnvoll ist, bedarf der Abwägung mit Blick auf örtliche Gegebenheiten. Manche Anwendung mag sich in der Erprobung als nicht sinnvoll erweisen, andere dürften die Lebensqualität in unseren Städten nachweisbar verbessern. Herausforderungen bestehen in Hinblick auf mögliche diskriminierende Effekte bei der Auswahl von Algorithmen. Damit verbunden ist die Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Entscheidungs- und Optimierungsprozessen sowie der Bereich des Monitorings und der Evaluation. Besondere Sorgfalt bei der Automatisierung ist auch beim Betrieb kritischer Infrastruktur gefragt (Stichwort: Cybersicherheit).

Die Frage nach dem geeigneten politischen oder rechtlichen Ordnungsrahmen kann daher nicht allein auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene beantwortet werden. Sie bedarf vor Ort,

wo KI lebensnah erfahrbar wird, der intensiven Auseinandersetzung. So wie Digitalisierung nicht allein eine Frage des technisch Möglichen, sondern eine der individuellen, organisationalen und gesellschaftlichen Haltungen und Einstellungen zum Einsatz digitaler Tools ist, so gilt dies auch für den Einsatz von KI. Für Kommunalverwaltungen und Bereiche der Daseinsvorsorge bieten die Anwendungsmöglichkeiten erhebliche Entlastungspotenziale. Wenn zeitintensive Routineaufgaben auch maschinell erledigt werden, schafft dies Freiräume im Personaleinsatz. Zugleich werden sich die Problemlösungsfähigkeiten von Fachreferaten durch maschinelles Lernen deutlich erhöhen.

Für eine erfolgreiche Nutzung von KI in Kommunen sind eine Reihe von Grundvoraussetzungen nötig: die Öffnung digitaler Datenbestände in maschinenlesbaren Formaten, die Gesamtbetrachtung des Konzerns Stadt als digitales Ökosystem, eine gelebte kommunale Daten-Governance samt Daten-ethischer Leitlinien und Open Data, der Aufbau von Datenplattformen mit Standards und Schnittstellen, der Ausbau von Daten- und KI-Kompetenzen sowie generell eine Kultur der Offenheit für digitales Verwaltungshandeln unter Einsatz von KI. Dies schließt notwendigerweise eine kritische Reflexion der mit der Nutzung von KI einhergehenden Risiken und Herausforderungen ein. Es bedarf eines Umgangs damit, dass sich Berufsbilder in Verwaltungen oder auch den kommunalen Betrieben verändern. Den Umschulungs- bzw. Weiterbildungsbedarf gilt es frühzeitig zu erkennen. In der Stadtplanung müssen die Auswirkungen von mehr Sensorik und algorithmisch gesteuerten städtischen Prozessen auf die gebaute Stadt verstanden werden. Mit Blick auf die Politik stellt sich wiederum die Frage, wie immer mehr verfügbare Echtzeitinformationen einerseits, und die wachsende Gefahr von im öffentlichen Diskurs nicht mehr klar erkennbaren Grenzen von Wissen und Fehl- bzw. Falschinformation andererseits, die Arbeit im Stadtrat oder Fachausschüssen beeinflussen wird.

zum Weiterlesen

ChatGPT und andere Computermodelle zur Sprachverarbeitung (PDF):

➔ www.t1p.de/xbaln

Künstliche Intelligenz in Kommunen (PDF):

➔ www.t1p.de/6lepn

Künstliche Intelligenz und Stadtentwicklung (PDF)

➔ www.t1p.de/drrkz

Nachhaltigkeitskriterien für künstliche Intelligenz (PDF)

➔ www.t1p.de/oyokb

OB-Barometer 2023: Flüchtlingshilfe ist aktuell die wichtigste Aufgabe

Laut OB-Barometer 2023 ist die Flüchtlingshilfe aktuell die drängendste Aufgabe für die Kommunen. Mit Blick auf die Zukunft nennen die Stadtspitzen jedoch die Klimathematik unangefochten als wichtigstes Handlungsfeld.

In der diesjährigen Befragung der Stadtspitzen für das OB-Barometer des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) spielte die Corona-Pandemie keine Rolle mehr. Stattdessen stehen die Kommunen zunehmend vor der Herausforderung, mehrere Krisen gleichzeitig bewältigen zu müssen: Für Städte und Gemeinden ist Krisenbewältigung daher zu einer Art Dauerzustand geworden.

Die seit 2022 wieder stark gewachsene Flüchtlingszuwanderung wird von den befragten Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern als aktuell drängendste zu bewältigende Aufgabe angesehen. Für mehr als die Hälfte der Stadtspitzen ist das Thema zentral, ebenso der dringende Wunsch nach einer Unterstützung durch Bund und Länder. Auch den Themen Wohnen und Finanzen wird aktuell eine steigende Dringlichkeit beigemessen.

Mit Blick auf die Zukunft sehen die Stadtspitzen jedoch die Klimathematik unangefochten als wichtigstes Handlungsfeld der Kommunen. Zählt man die notwendigen Maßnahmen zum nächstgenannten Thema Mobilität hinzu – die meist klimabedingt begründet sind – so verstärkt sich die hohe Relevanz des Themas nochmals. Es folgen die Themen Finanzen, Wohnen und die Unterbringung Geflüchteter.

Die Bewältigung sämtlicher krisenbedingter Entwicklungen ist für die Kommunen ausgesprochen ausgabenintensiv. Daher wird die Finanzsituation der Kommunen in diesem Jahr von den Stadtspitzen wieder deutlich sorgenvoller betrachtet als in den Vorjahren. So wird der Investitionsbedarf zur Bewältigung des Klimawandels – noch vor der Unterbringung von Geflüchteten – als größte aktuelle Herausforderung der Kommunen genannt. Auch in den Bereichen Mobilität sowie Wohnen gehen die Kommunen von hohen Investitionsbedarfen aus.

Überraschend ist, wie sehr die Themen „Stadtentwicklung“ und „Digitalisierung“ in der diesjährigen Befragung in den Hintergrund gerückt sind. In den Pandemie Jahren sind zwar viele Maßnahmen konzeptionell und finanziell angeschoben bzw. umgesetzt worden. Beide Handlungsfelder bedürfen jedoch der kontinuierlichen Aufmerksamkeit, wie aktuell die erneute Welle der Schließung von Warenhäusern oder die Diskussionen um einen Ausbau der digitalen Angebote in der Bürgerkommunikation zeigen.

Das Thema „Fachkräfte gewinnen und halten“ wird laut Befragung wichtiger, scheint aber in der Bewertung noch nicht die aktuelle Diskussion zum Fachkräftemangel widerzuspiegeln. Mit Blick



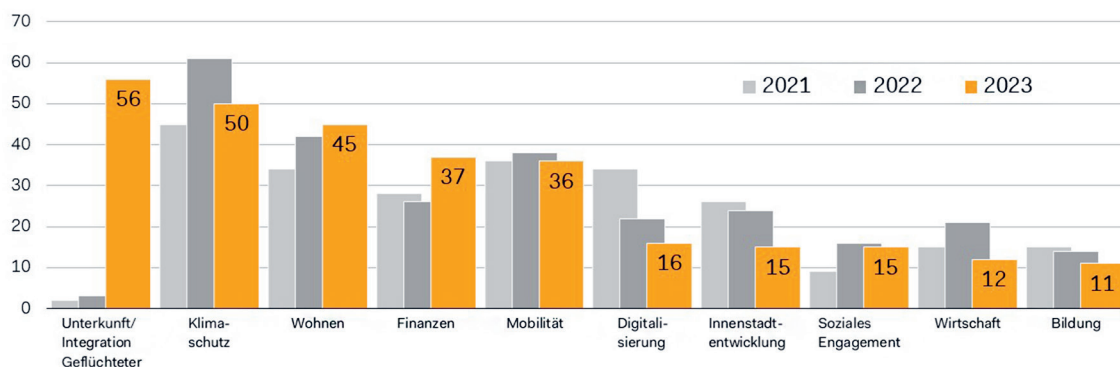
Fotos: Difu

Prof. Dr. Carsten Kühl
+49 30 39001-214
kuehl@difu.de

Dr. Beate Hollbach-Grömig
+49 30 39001-293
hollbach-groemig@difu.de

Was sind aktuell die wichtigsten Aufgaben in der eigenen Stadt (TOP 10)?

„Der größte Handlungsbedarf meiner Stadt liegt bei den Themen Unterkunft/Integration Geflüchteter, Klimaschutz und Wohnen.“

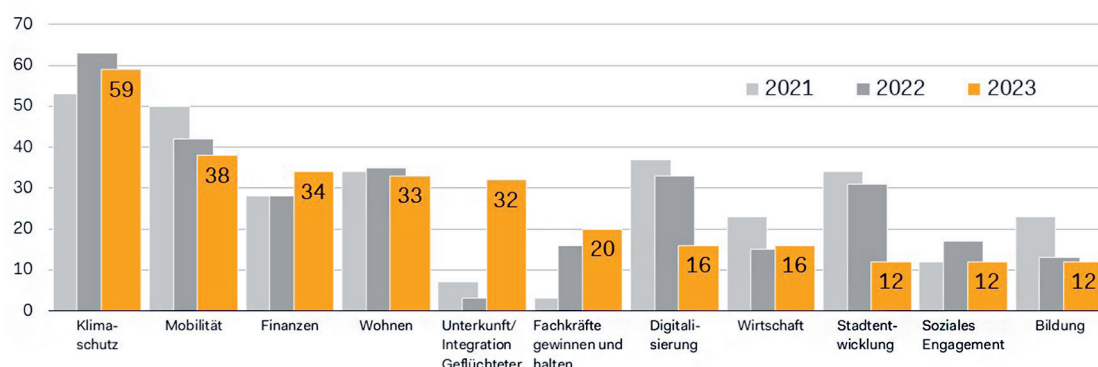


Antworten der (Ober)bürgermeister*innen, Angaben in Prozent, Frage ohne Antwortvorgabe, Mehrfachnennungen möglich

Quelle: OB-Barometer 2023

Welche Themen werden künftig für die Städte an Bedeutung gewinnen (TOP 11)?

„Klimaschutz, Mobilität und Finanzen sind die wichtigen Zukunftsthemen.“



Antworten der (Ober)bürgermeister*innen, Angaben in Prozent, Frage ohne Antwortvorgabe, Mehrfachnennungen möglich

Quelle: OB-Barometer 2023



auf die mittlerweile permanente Rolle der Kommunen als Krisenmanager, verdienen die Themen Fachkräftemangel und Digitalisierung mehr Aufmerksamkeit

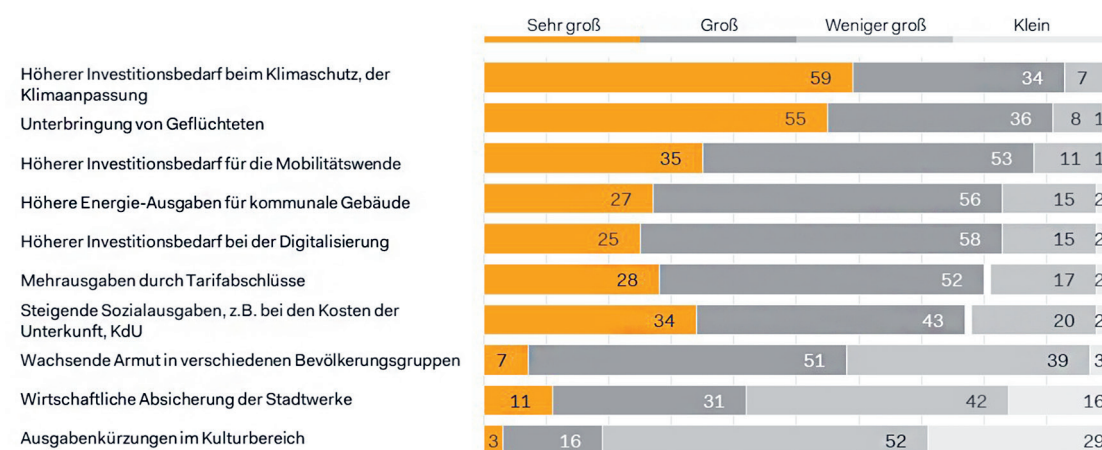
Soziale Gerechtigkeit und sozialer Frieden werden von den befragten Stadtspitzen immer wieder genannt, allerdings schafften es diese Themen bisher nicht auf die vorderen Plätze der dringenden Aufgaben.

In diesem Jahr bewerteten jedoch vor allem die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister der ostdeutschen Städte die sozialen Themen als in Zukunft wichtiger werdendes Handlungsfeld, das eine deutlich höhere Aufmerksamkeit benötigt.

Hintergrund: Informationen zum OB-Barometer
Das OB-Barometer des Difu ist eine jährlich durchgeführte Befragung der (Ober-)Bürgermeister*innen der deutschen Städte ab 50.000 Einwohner*innen. Sie wird vom Deutschen Städtetag und vom Deutschen Städte- und Gemeindebund unterstützt und hat zum Ziel, anhand von vier Fragen frühzeitig Veränderungen in diversen kommunalen Handlungsfeldern sichtbar werden zu lassen. Die diesjährigen Ergebnisse basieren auf einer repräsentativen telefonischen Befragung, die im Januar/Februar 2023 vom Meinungsforschungsinstitut infratest dimap durchgeführt wurde. 122 der 193 eingeladenen (Ober-)Bürgermeister*innen (darunter 17 stellvertretende Personen) beteiligten sich. Dies entspricht einer Teilnahmequote von 63,2 Prozent.

Wie groß sind die Herausforderungen für die Städte infolge der aktuellen krisenhaften Entwicklungen?

Krisenbedingte Herausforderungen für die Kommunalpolitik



Antworten der (Ober)bürgermeister*innen, Angaben in Prozent, fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht/keine Angabe

Quelle: OB-Barometer 2023



KfW-Kommunalpanel 2023: Investitionsrückstand steigt moderat

Difu-Kommunalbefragung: Angesichts der wirtschaftlichen Verwerfungen infolge des Ukraine-Krieges blicken die Kommunen pessimistisch in die Zukunft. Der Investitionsrückstand steigt moderat auf rund 166 Mrd. Euro an.

Für die Kommunen in Deutschland ist die Krise zum Dauerzustand geworden. Die Hoffnung auf wirtschaftliche Erholung nach dem Zurückfahren der Coronamaßnahmen fand durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ein jähes Ende: Die Kommunen standen vor der Herausforderung, Lösungen für den Zustrom Geflüchteter zu finden und zugleich mit stark steigenden Energie-, Güter- und Verbrauchspreisen umzugehen.

Das aktuelle KfW-Kommunalpanel 2023, das erneut durch das Deutsche Institut für Urbanistik durchgeführt wurde, zeigt, dass diese großen Herausforderungen erneut zu erheblichen Sorgen in den Kämmereien führen. Zugleich erwies sich die kommunale Investitionstätigkeit aber als erstaunlich robust: So stiegen die geplanten Investitionen gemäß der aktuellen Hochrechnung für das KfW-Kommunalpanel 2023 nominal weiter an und der Investitionsrückstand vergrößert sich moderat auf 165,6 Mrd. EUR.

Angesichts der großen Herausforderungen bewertete jede zweite Kommune ihre aktuelle Finanzlage im letzten Jahr als bestenfalls „ausreichend“. Im Vergleich dazu sprachen nur rund 22 Prozent der Kommunen von einer gegenwärtig „guten“ oder „sehr guten“ Finanzlage. Deutlich negativer bewerteten die Kommunen die künftige Finanzsituation: Mit Blick auf die kommenden fünf Jahre erwarten 57 Prozent eine „eher nachteilige“ und weitere 26 Prozent sogar eine „sehr nachteilige“ Entwicklung der eigenen Haushaltssituation. Ein besonderer Fokus galt bei der aktuellen Befragung den Unterschieden zwischen „vulnerablen“ und „resilienten“ Kommunen. Als vulnerabel gelten dabei Kommunen, die in den zehn vergangenen, von Krisen geprägten Jahren eine negative Haushaltsentwicklung aufwiesen. Als resilient gelten solche, die im selben Zeitraum von einer guten Entwicklung berichteten. Die Umfrage bestätigte die Annahme, dass vulnerable Kommunen die aktuelle und künftige finanzielle Situation deutlich negativer als resiliente Kommunen einschätzen.

Die geplanten Investitionen sind nach dem aktuellen KfW-Kommunalpanel im Jahr 2022 leicht auf 41,3 Mrd. EUR gestiegen (Vorjahr: 38,3 Mrd. EUR). Die größten Anteile dieser Summe entfielen mit jeweils rund einem Viertel auf Schulen und

Straßen. In der Investitionsplanung für das Jahr 2023 gehen die Kommunen trotz der finanziellen Planungsrisiken weiterhin von einem leichten Anstieg der Investitionsaufwendungen auf 43,1 Mrd. EUR aus. Jedoch zeigen die Befragungsergebnisse für das zurückliegende Jahr erneut, dass rund ein Drittel aller geplanten Investitionen nicht realisiert werden konnte. Während die Ursachen hierfür weitgehend bekannt sind – die Kommunen berichten regelmäßig von einem Personalmangel in den Bauverwaltungen sowie von der hohen Kapazitätsauslastung im Baugewerbe –, spielen seit der Corona-Pandemie zusätzlich Materialknappheit und Lieferengpässe eine herausgehobene Rolle. Hinzu kommt, dass der Anstieg der geplanten kommunalen Investitionen noch keine Preissteigerung berücksichtigt. Vor allem die starken Preisanstiege im Bau führen dazu, dass mit dem Anstieg der kommunalen Investitionsplanungen nicht mehr reale Investitionen in die Infrastruktur einhergehen. Damit die Kommunen die Herausforderungen der Transformation bewältigen können, benötigen sie eine verlässliche kommunale Finanzausstattung, eine solidarische Anstrengung für Städte mit Altschulden – die sie derzeit nahezu handlungsunfähig machen – und eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung zum Abbau des Arbeitskräftemangels.

Der für das Jahr 2022 gemeldete Investitionsrückstand der Kommunen stieg moderat auf rund 165,6 Mrd. EUR an (Vorjahr: 159,4 Mrd. EUR). Die größten Anteile entfallen dabei mit 29 Prozent auf Schulen, mit 23 Prozent auf Straßen und mit 12 Prozent auf Verwaltungsgebäude. Diese Anteile entsprechen etwa den Werten der vergangenen Befragungsjahre und zeigen, dass sich die großen Blöcke des Investitionsrückstands in den deutschen Kommunen verfestigt haben. Ein besonders markanter Anstieg des Investitionsrückstands im Vergleich zum Vorjahr wird für den Bereich der Sportstätten ausgewiesen (plus 4,5 Mrd. EUR).

Für diesen Sprung kommen verschiedene Gründe infrage. So entfällt allein auf Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern ein Anstieg in Höhe von 3,3 Mrd. EUR. Da vor allem große Städte ein vielfältiges Angebot gerade auch an energieintensiven Sportstätten wie Bädern vorhalten, liegt die Erklärung nahe, dass die drastisch angestiegenen



www.difu.de/17839



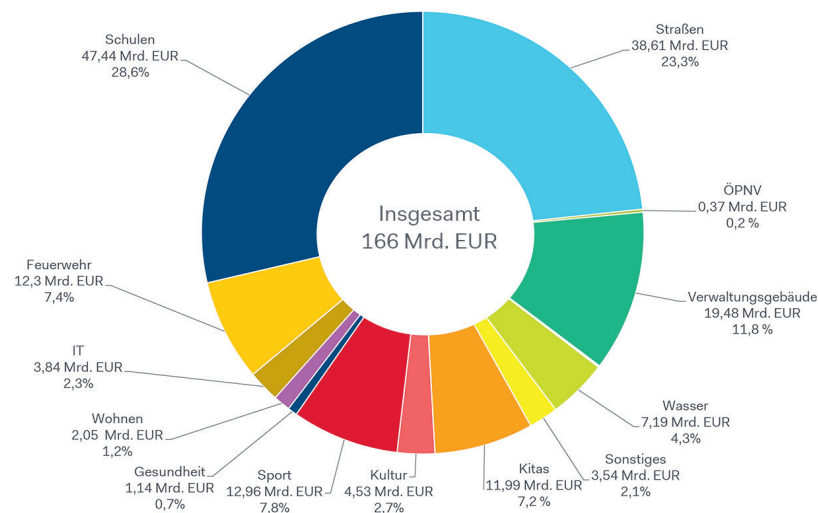
Christian Raffer, M.Sc.

+49 30 39001-198
raffer@difu.de

Dr. Henrik Scheller

+49 30 39001-295
scheller@difu.de

Wahrgenommener Investitionsrückstand der Kommunen 2022



Quelle: KfW-Kommunalpanel 2023



Energiepreise des letzten Jahres den energetischen Zustand dieser baulichen Anlagen in besonderem Maße vor Augen geführt haben. Darüber hinaus ist der Anteil der Kommunen, die den laufenden Unterhalt im Bereich dieser weitgehend freiwilligen Aufgabe in den letzten fünf Jahren „nicht“ oder in „nur geringem Umfang“ gewährleisten konnten, im Vergleich zum Vorjahr etwas angestiegen. Beides treibt den wahrgenommenen Investitionsrückstand in diesem Bereich nach oben. Hinzu kommt, dass Sportstätten nach den Corona-Beschränkungen in den Jahren 2020/2021 im vergangenen Jahr erstmals wieder voll genutzt wurden. Dies dürfte das Bewusstsein für deren Zustand ebenfalls geschärft haben. Ein weiterer denkbarer Grund für das erhöhte Bewusstsein könnte aber auch das Ende des Bund-Länder-Förderprogramms „Investitionspakt Sportstätten“ sein. Generell ist allerdings zu konstatieren, dass die Datenbasis über den Be- und Zustand der kommunalen Sportstätteninfrastruktur lückenhaft ist.

Mit Blick in die Zukunft gehen 45 Prozent der Kommunen davon aus, dass der Investitionsrückstand im Straßenbereich künftig noch weiter anwachsen dürfte. Nur 21 Prozent erwarten hier einen Rückgang. Die Straßen dürften also weiterhin das Sorgenkind in der kommunalen Infrastruktur bleiben. Besonders stark ausgeprägt ist dieser Rückstand im Osten und im Norden Deutschlands. Unterscheidet man den Rückstand für die gesamte Infrastruktur nach „vulnerablen“ und „resilienten“ Kommunen, so wird deutlich, dass sich die Infrastruktur in vulnerablen Kommunen in einem erkennbar schlechteren Zustand befindet. Während in dieser Gruppe der durchschnittliche

Investitionsrückstand 3.174 Euro pro Kopf beträgt, liegt er in der Gruppe der resilienten Kommunen nur bei 2.099 Euro pro Kopf.

Ein Sonderthema des diesjährigen KfW-Kommunalpanels waren kommunale Investitionen in Klimaschutz und Klimaanpassung. Die Ergebnisse zeigen hier nicht nur, dass die Kommunen insgesamt derzeit deutlich weniger in den Klimawandel investieren als nötig wäre. Sie zeigen auch, dass es gerade vulnerablen Städten, Gemeinden und Kreisen schlechter gelingt, die Investitionsbedarfe zu erfüllen, die sich für sie aus dem Klimawandel ergeben. Angesichts der immer häufiger auftretenden Extremwetterereignisse sollte die Situation vermieden werden, dass Kommunen zwischen Ausgaben zur Krisenbewältigung und Investitionen in den Klimaschutz und die Klimaanpassung wählen müssen. Gerade Kommunen, die in den vergangenen Krisenjahren finanziell besonders stark gelitten haben, sollten strukturell gestärkt werden. Nur so kann es gelingen, dass die Kommunen den notwendigen Anteil am Klimaschutz, den sie zu leisten bereit sind, auch leisten können.

Datengrundlage

Das KfW-Kommunalpanel wird seit 2009 jährlich im Auftrag der KfW vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) durchgeführt. Kernpunkte der repräsentativen Befragung der Kämmerereien in kreisfreien Städten, Landkreisen und kreisangehörigen Gemeinden mit mehr als 2.000 Einwohner*innen sind die kommunale Finanzlage, die Investitionstätigkeit und deren Finanzierung. Die Hauptbefragung für das aktuelle KfW-Kommunalpanel, an der sich 862 Kommunen beteiligten, lief von September bis Dezember 2022.

Halbzeitbilanz Agenda 2030: Trotz Fortschritten mehr Tempo notwendig

Gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung stellte das Difu die „Halbzeitbilanz zur Umsetzung der Agenda 2030 in deutschen Kommunen“ vor. Die Ergebnisse zeigen Fortschritte, machen aber auch sichtbar, dass es schneller vorangehen muss.

Vor rund acht Jahren wurde in New York die Agenda 2030 der Vereinten Nationen verabschiedet. Ziel war es, das Handeln weltweit so anzupassen, dass unser Planet auch künftigen Generationen noch eine lebenswerte Umwelt bietet. 17 einzelne Nachhaltigkeitsziele (SDGs) wurden entwickelt, deren Einhaltung wichtig für den Erfolg sind. Wie weit die Kommunen in Deutschland bei der Umsetzung der Agenda 2030 sind, zeigt nun eine Studie, die das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) im Auftrag der Bertelsmann Stiftung erarbeitet hat. Die Halbzeitbilanz wurde am 5. und 6. Juni 2023 im Rahmen des Kommunalkongresses 2023 „Nachhaltigkeit aktiv gestalten – die Kommunen gehen voran“ in der Landeshauptstadt Potsdam vorgestellt.



Grundsätzlich spielen die Kommunen eine entscheidende Rolle für das Erreichen der Nachhaltigkeitsziele. Die Ergebnisse der Halbzeitbilanz zeigen, dass sie bei der Umsetzung einzelner Nachhaltigkeitsziele Fortschritte gemacht haben, aber noch nicht am Ziel sind. In verschiedenen Bereichen wie Verkehrswende, Klimawende und Flächenwende tragen die Kommunen maßgeblich dazu bei. Ohne das Engagement der Kommunen wird es nicht gelingen, die Nachhaltigkeitsziele zu erreichen.

Die Studienergebnisse verdeutlichen, dass die Kommunen in den Bereichen Armutsbekämpfung, erneuerbare Energien, menschenwürdige Arbeit

und Wirtschaftswachstum, Industrie, Innovation und Infrastruktur sowie Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen erhebliche Fortschritte erzielt haben. Zudem messen die Kommunen den Zielen hochwertige Bildung, bezahlbare und saubere Energie sowie Maßnahmen zum Klimaschutz besonders hohe Relevanz bei.

Allerdings müssen die Kommunen deutlich schneller werden, um die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen zu erreichen, da die Zeit drängt. Neben vielen stagnierenden Indikatorenentwicklungen identifiziert die Difu-Studie auch negative Langzeittrends wie z. B. ein übermäßiger Flächenverbrauch, hohe Mietpreise und Schulabbrecherquoten. Daher schlägt das Difu-Forschungsteam zehn konkrete Maßnahmen vor, um die Nachhaltigkeitsziele in den Kommunen schneller zu erreichen. Dazu gehören eine Ressourcenwende für mehr Klimaschutz, eine deutliche Reduzierung der Flächenneuanspruchnahme zur Erhaltung der Biodiversität, aber auch eine verstärkte soziale Wende.

Damit die Nachhaltigkeitsziele erreicht werden, müssen bewährte Instrumente der nachhaltigen Entwicklung angewendet und strategische Steuerung, Wirkungsmessung, Erfahrungsaustausch und Netzwerke gestärkt werden. Lokales Handeln hat globale Auswirkungen, und deshalb ist es wichtig, dass die Kommunen weiterhin an ihrer Umsetzung arbeiten – und dabei auch unterstützt werden.

Die Studie zeigt zudem, dass auch die Kommunen das Thema nachhaltige Entwicklung als sehr wichtig bewerten, jedoch selbst unzufrieden mit den Fortschritten der letzten Jahre sind. Sie wünschen sich eine schnellere Umsetzung vor Ort und eine stärkere Unterstützung von Bund und Ländern. Laut Difu-Untersuchung ist zur Zielerreichung eine verstärkte politische Rückendeckung durch Bund und Länder sowie eine Bündelung und Verstärkung der Förderprogramme notwendig. Darüber hinaus ist eine umfassende Nachhaltigkeitsberichterstattung durch die Schließung von Datenlücken von großer Bedeutung. Es ist entscheidend, bewährte Instrumente der nachhaltigen Entwicklung anzuwenden, die strategische Steuerung und Wirkungsmessung auszubauen, Erfahrungen zu teilen und Netzwerke zu nutzen.



www.difu.de/17931
www.t1p.de/zfbs0



Oliver Peters, M.Sc.
+49 30 39001-204
opeters@difu.de

Datenstrategien: Wie Kommunen den Umgang mit Daten meistern können

Big Data, Künstliche Intelligenz, Datenökonomie: Kommunen müssen sich bei diesen hochaktuellen Themen strategisch positionieren. Im Auftrag des BMWSB analysierten das Difu und die Fraunhofer IESE Fallstudien und erarbeiteten Handlungsempfehlungen.



Kommunen befassen sich schon länger mit der Verarbeitung raumbezogener Informationen und stellen Daten offen zur Verfügung. Die aktuelle Dynamik zum Leitbild der „Smart City“ zeigt die steigende Bedeutung des Themas. Für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung in der Daten-gesellschaft muss der proaktive und anwendungs-orientierte Umgang mit Daten bei der Arbeit in den Kommunen selbstverständlich werden.

Eine zielgerichtete Nutzung kommunaler Daten kann Städten und Regionen helfen, den Bedarf der Bürger*innen besser zu kennen und dadurch nachhaltiger, effizienter und lebenswerter werden: Durch die Erfassung von Verkehrsdaten in Echtzeit können Städte etwa den Verkehrsfluss optimieren, indem sie Verkehrsprobleme schnell erkennen und darauf reagieren. Wenn die Luftqualität mit Sensoren überwacht wird, können Probleme schneller identifiziert und Maßnahmen ergriffen werden, um die Gesundheit der Menschen zu schützen. Anhand von Daten können auch Kinderspielplätze sicherer und kindgerechter gestaltet werden.

Für eine anwendungsorientierte Inwertsetzung kommunaler Daten müssen einheitliche Rahmenbedingungen innerhalb der Kommune geschaffen werden. Die Datenstrategie beschreibt das Datenmanagement in der Kommune und die Zusammenarbeit mit externen Stakeholdern in technologischer, organisatorischer, ethischer und rechtlicher Hinsicht. Grundfragen sind zu beantworten: Welche Infrastrukturen werden benötigt, um Daten effizient zu managen, zu speichern und

mit unterschiedlichen Akteur*innen bedarfsge-recht zu teilen? Welche Daten dürfen öffentlich zu-gänglich gemacht werden, welche nicht? Welche rechtlichen Rahmenbedingungen gibt es?

Das Forschungsteam aus Difu und IESE hat nun Handlungsempfehlungen für Kommunen entwi-ckelt und veröffentlicht: So sollten Datenstrategien wirkungsorientiert an bestehende kommunale Entwicklungsstrategien anknüpfen. Datenstrategien sollten auf der Basis einzelner Projekte entwickelt werden, so dass sie auf bereits umge-setzten datengetriebenen Anwendungsfällen und digitalen Dienstleistungen der Verwaltung und Da-seinsvorsorge aufbauen können. Zudem sollte die Kommunalpolitik – durch politische Beschlussfas-sung im Stadtrat – einbezogen werden, weil dies Verbindlichkeit für Verwaltung und kommunale Beteiligungen zur Förderung datengetriebener Projekte schafft.

Aus technischer Sicht ist es wichtig, den Umgang mit verschiedenen Datenarten klar zu definieren: Kommunen sollten ihre Datenbestände klassifi-zieren und entscheiden, wie mit verschiedenen Datenarten umgegangen werden soll. So kann beispielsweise festgelegt werden, nach welchen Kriterien Daten zur Verfügung gestellt werden.

Die Studie entstand im Rahmen der Begleitfor-schung „Modellprojekte Smart Cities“. Untersucht wurden Datenstrategien unter anderem aus Soest, Mönchengladbach, Barcelona, Helsinki und Wien.



www.difu.de/publikationen



Dipl.-Ing. Jan Abt
+49 30 39001-206
abt@difu.de

Dr. Jens Libbe
+49 30 39001-115
libbe@difu.de

Dimitri Ravin, M.Sc.
+49 30 39001-144
ravin@difu.de



Resilienz: Wie Kommunen besser mit Krisen umgehen können

Klimawandel, Extremwetter, Fluchtzwanderung, Pandemie: Der Umgang mit Krisen setzt Kommunen unter Druck. Wie können sie sich auf künftige Ereignisse vorbereiten und widerstandsfähiger werden? Eine neue Studie zeigt Tipps für kommunale Resilienz auf.

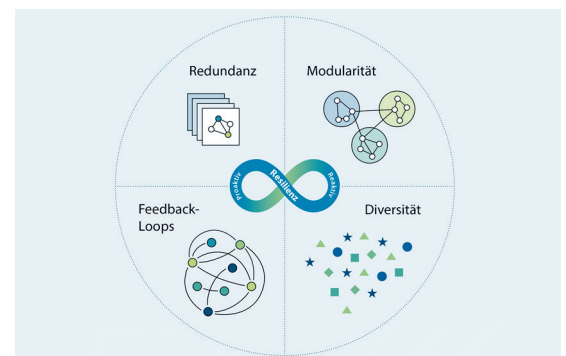
Kommunen stehen vor vielfältigen Herausforderungen, die von außen auf sie einwirken. Dazu gehören lang laufende Entwicklungen wie die Auswirkungen des demografischen Wandels oder der Klimaveränderung, die insbesondere in den Innenstädten immer stärker spürbar werden. Aber auch plötzliche Schocks wie die Flutkatastrophe im Ahrtal im Juli 2021. Urbane Systeme müssen widerstandsfähig gegen solche Störungen sein – sich gleichzeitig aber weiterentwickeln und an eine nachhaltige Zukunft anpassen. Resilient zu sein ist mehr als die bloße Reaktion und Vorsorge gegenüber einer Katastrophe. Resilient ist eine Kommune dann, wenn sie trotz solcher Störungen ihre gesteckten Ziele weiter verfolgen kann.

Die Digitalisierung eröffnet dabei vielfältige Möglichkeiten, um urbane Resilienz zu stärken. Beispiele dafür sind unter anderem verbesserte Informations- und Planungsgrundlagen. Darunter fallen das Echtzeit-Monitoring von Umwelt- und Wetterdaten oder die Entwicklung neuer Plattformen für effiziente fachbereichs- oder akteursübergreifende Kooperationen. Digitalisierung kann jedoch die Resilienz eines urbanen Systems auch gefährden, zum Beispiel durch Cyberattacken auf städtische Infrastrukturen.

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat mit dem Kompetenzzentrum Wasser Berlin im Rahmen der Begleitforschung des Programms „Modellprojekte Smart Cities“ des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) eine Studie erarbeitet. In dieser wird betont, dass Resilienz als Grundgerüst einer nachhaltigen Stadtentwicklung für kommunale Akteure greifbar gemacht und dargelegt werden muss, warum es effektiv ist, sich auch in der Smart-City-Strategieentwicklung stärker mit diesem Konzept zu befassen.

Anhand von Fallbeispielen aus Kommunen zeigt die Studie, wie vier zentrale Merkmale resilienter Systeme – Feedback-Loops, Modularität, Diversität und Redundanz – die Resilienz in Kommunen insbesondere dann stärken können, wenn digitale Dateninfrastrukturen und Steuerungstools eingesetzt werden.

Feedback-Loops – also das Einplanen von Rückkopplungsmechanismen – tragen dazu bei, dass Informationen innerhalb der Stadt schneller und effizienter aufgegriffen und verarbeitet werden. So können digitale Umweltsensoren Daten zur Luftqualität in Echtzeit erheben. Bei Überschreitung von Grenzwerten ermöglicht dies den Städten und Gemeinden ohne Zeitverzug notwendige Gegenmaßnahmen zu ergreifen.



Als weiteres Merkmal eines resilienten Systems beschreibt beispielsweise Modularität, einen Strukturaufbau, der aus mehreren voneinander abzukoppelnden Teilen konzipiert wird. So zeigt sich etwa, dass mithilfe unabhängiger Kommunikationsnetze die Koordinierung von Ressourcen und Hilfeleistungen auch im Falle eines Katastropheneignisses aufrechterhalten werden kann. Modulare netzgebundene Infrastrukturen (z. B. Strom- oder IT-Netze) können Kaskadeneffekte verhindern. Solche „Feuersperren“ sind bei kritischen Infrastrukturen wichtig, um den Zusammenbruch ganzer Systeme zu verhindern.

Die Studie empfiehlt, Resilienz als Querschnittsthema in allen kommunalen Entscheidungsprozessen und -verfahren zu verankern. Resilienzstrategien sollen sich zudem an vorhandenen kommunalen Strategien orientieren und diese flankierend unterstützen – so kann zum Beispiel eine bestehende oder in der Entwicklung befindliche Nachhaltigkeits-, Klimaanpassungs- oder Smart-City-Strategie weiterentwickelt oder ergänzt werden. Grundsätzlich geht es aber vor allem darum, Resilienz als Fähigkeit zu begreifen, um den gewünschten Wandel zu einer nachhaltigen kommunalen Entwicklung herbeizuführen und in fachübergreifenden Kooperationen umzusetzen.



Grafik: Die Merkmale resilienter Systeme



www.difu.de/17811
www.difu.de/17817
www.difu.de/17256



Lisa Dreier, M.Sc.
 +49 30 39001-222
 ldreier@difu.de

Dr. Christian Stein
 +49 30 39001-207
 cstein@difu.de

Dr. Jens Libbe
 +49 30 39001-115
 libbe@difu.de

Urbane Xtopien: Kreative Ideen für demokratische Zukünfte

Ein transdisziplinäres und transformatives Forschungsprojekt hat mithilfe verschiedener Interventionen im öffentlichen Raum Tools entwickelt, die neu über die Zukunft der Städte nachdenken lassen.



Foto: Xtopien Kollektiv

Wie würde es sich anfühlen, wenn es Natur nur noch in großen Gewächshäusern gibt? Wie kann der Tod zu einem selbstverständlicheren Teil unseres (Stadt-)Lebens werden? Wie lässt sich die Stadt aus Sicht eines Igels erleben? Wie wohnen wir, wenn wir alle nur noch von zuhause aus arbeiten?

Mit solchen Fragen hat das Team des Forschungsprojekts „Urbane Xtopien – Freiräume der Zukunft“ Menschen zum Nachdenken über die Zukunft eingeladen. Xtopien sind Interventionen, die einen gedanklich-emotionalen Zugang zu möglichen Zukünften herstellen. Sie kombinieren utopisch-dystopisch und ambivalente Inhalte mit einem partizipativen Format. Damit erleichtern sie es, neue eigene Visionen auszuformulieren und kritisch zu reflektieren. Übergreifendes Ziel ist dabei, Menschen zur demokratisierten Zukunftsgestaltung zu befähigen.

Im Projekt wurden Xtopien zur Zukunft der Arbeit, zur Neuerfindung öffentlicher Räume, zu veränderten Mensch-Tier-Beziehungen und zum zukünftigen Umgang mit dem Tod entwickelt. In der Kombination mit Hochschul-Kursen, Serious Gaming, Design Thinking, Graffiti-Workshops und kreativen Mitmach-Aktionen sind in der Zusammenarbeit mit Praxispartner*innen verschiedene Interventionen entstanden: Interaktive Ausstellungen beim Zukunftsfestival Eberswalde oder im Staatstheater Kassel, ein medialer „Ideenmarathon“ der Alten Oper Frankfurt/Main, Multi-Stakeholder-Workshops in Erfurt und Kiel, eine Installation zum vernetzten Denken in der Karlsruher Innenstadt und ein Bildungsprojekt auf der documenta fifteen in Kassel.

Die Evaluation dieser Aktionen offenbarte, dass die meisten Menschen aus dem Stehgreif kaum formulieren können, wie sie sich die Zukunftsstadt von übermorgen wünschen. In der Arbeit mit verschiedenen Zielgruppen haben sich unterschiedliche Methoden bewährt: Der „Imaginationsmuskel“ von Studierenden ließ sich gut durch eine Kombination von Freiraumerfahrung (z.B. Fotosafari, Waldbaden) und Szenario-Techniken trainieren. Bei Kindern und Jugendlichen aus einem benachteiligten Stadtteil sind neue Visionen im Wechselspiel zwischen Dialog und der Arbeit mit Moodboards entstanden. Menschen mit höheren Bildungsniveaus konnten insbesondere mit spielerischen Aktivitäten inspiriert werden. Ältere Erwachsene mit geringerer Affinität zur Nachhaltigkeit wurden mit den gewählten Zukunftsthemen aber nur unzureichend erreicht.

Auf der Grundlage der Praxistests werden nun die eingesetzten Maßnahmen sowie eigens entwickelten Methoden überarbeitet und voraussichtlich im August als „Bauanleitung für Xtopien“ mit digitaler Toolbox auf der Projekt-Website zur Verfügung gestellt. Außerdem können Interessierte ab August am „Todomat“, dem ersten Hinterlassenschafts-Konfigurator der Welt, im Museum für Sepulkralkultur in Kassel ihren „Tod in der Zukunft“ konfigurieren. Sein digitaler Zwilling wird zeitgleich im Internet verfügbar sein.

Das Forschungsprojekt wurde von der Robert Bosch Stiftung gefördert. Partner*innen waren unter anderem das Karlsruher Institut für Technologie, Transition Town Eberwalde und die Westfälische Hochschule. Das Difu leitete das Projekt gemeinsam mit der Universität Kassel.



www.xtopien.org
www.difu.de/13424



Dr. Jasmin Jossin
+49 30 39001-200
jossin@difu.de

Flächennutzungsplanung in Kommunen stärkt Innenentwicklung

Innenentwicklungspotenzial nutzen, Anpassungen an Erfordernisse des Klimawandels berücksichtigen: Neues Policy Paper des Difu zeigt, wie die Flächennutzungsplanung für die großen Herausforderungen im Städtebau gestärkt werden könnte.



Foto: Adobe Stock, Roman

Die Flächennutzungsplanung ist ein wichtiges städtebaurechtliches Planungsinstrument, das bisher den Herausforderungen – gerade mit Blick auf Innenentwicklung und Klimaanpassung – meist nur unzureichend gerecht wird. Städte und Gemeinden müssen mehr tun. So sollten in der Innenentwicklung Baulücken, Brachflächen und Nutzungsintensivierung stärker berücksichtigt sowie die notwendige Anpassung an die Erfordernisse des Klimawandels im Sinne einer zukunftsgerichteten Transformation intensiver betrieben werden. Auch der gesetzliche Rahmen muss angepasst werden. Im neuen Policy Paper beschreibt das Difu, wie die Flächennutzungsplanung für die Herausforderungen im Städtebau gestärkt werden könnte.

Ein Flächennutzungsplan (FNP) bezieht auch den Siedlungsbestand mit ein. In vielen Städten bietet er aber keine aufgabengerechte Grundlage, da im FNP oft lediglich aktuelle städtebauliche Entwicklungen nachgeführt werden. Angesichts knapper Personalressourcen und anderer drängender Aufgaben scheuen Städte und Gemeinden häufig den Aufwand einer Neuaufstellung. Andere Städte beschränken den Inhalt des FNP auf ein Minimum, um für die verbindliche Bauleitplanung möglichst weitgehende Flexibilität zu eröffnen. Zudem sind 60 Prozent der Flächennutzungspläne älter als 15 Jahre, 30 Prozent älter als 30 Jahre und 20 Prozent sogar älter als 40 Jahre, so die Ergebnisse einer vorausgegangenen Kommunalbefragung des Difu von 2020.

Die Analyse des Difu zeigt, dass Potenziale zur koordinierenden Vorbereitung städtebaulicher Maßnahmen insbesondere im Siedlungsbestand

oft nicht genutzt werden. In manchen Städten treten bei der Befassung mit der Innenentwicklung informelle Planungen und Konzepte an die Stelle eines richtigen Flächennutzungsplans. Vielfach fehlen solche informellen Entwicklungskonzepte jedoch ganz oder beziehen sich lediglich auf ausgewählte Teilaspekte, ohne die städtebaulichen Erfordernisse im Siedlungsbestand insgesamt zu berücksichtigen.

Anhand von neuen Flächennutzungsplänen, die im Zuge einer Difu-Studie analysiert wurden, leitet das Institut nun ab, wie die Städte aktuelle Herausforderungen der Innenentwicklung konzeptionell in unterschiedlicher Weise aufgreifen können. Um dieses Instrument besser wirksam werden zu lassen, ist jedoch auch der Gesetzgeber gefordert: Hier sind Anreize und Erleichterungen notwendig.

Das Difu-Policy-Paper „Die Flächennutzungsplanung fit machen für die Innenentwicklung“ ist die erste Veröffentlichung einer neuen Difu-Publikationsreihe zu allen kommunal relevanten Themen. Die Autor*innen geben in der Publikation – in die auch Erkenntnisse vorangegangener Studien eingeflossen sind – Empfehlungen, die von der Herausstellung der Aufgabe der Innenentwicklung über die Eröffnung der Möglichkeit überlagernder sachlicher (Teil-)Flächennutzungspläne für die Innenentwicklung, bis hin zur Stärkung der rechtlichen Wirkung solcher überlagernden Planungen reichen. Auch die Bedeutung des seit 2021 gesetzlich geregelten Innenentwicklungskonzepts wird unterstrichen und seine Anwendung empfohlen.



www.difu.de/17876



Prof. Dr. Arno Bunzel
+49 30 39001-238
bunzel@difu.de

Dipl.-Ing. Franciska Frölich
+49 30 39001-245
froelich@difu.de

Ass.iur. Magnus Krusenotto
+49 30 39001-157
krusenotto@difu.de

Was ist eigentlich ... ?

Curbside Management

Begriffe aus der kommunalen Szene, einfach erklärt.

Curbside Management bezieht sich auf die Koordination und Kontrolle von Aktivitäten, die am Straßenrand oder Gehwegrand – in der Regel in städtischen Gebieten – stattfinden. Es beinhaltet die Planung und Gestaltung von Aktivitäten, um den Verkehrsfluss, die Verkehrssicherheit und die Effizienz an den Gehwegen und Parkplätzen entlang der Straße zu verbessern.

Curbside Management zielt darauf ab, die Nutzung des Straßenraums zu optimieren und die verschiedenen Anforderungen der Nutzenden zu berücksichtigen. Dies umfasst den Zugang zu Gebäuden und Geschäften, das Be- und Entladen von Waren, das Parken von Fahrzeugen, den Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln und die Sicherheit von zu Fuß Gehenden und Radfahrenden.

„Curbside Management ist ein Schlüssel zur effizienten Nutzung des Straßenraums, zur Förderung nachhaltiger Verkehrsmittel, aber auch zur Schaffung einer sicheren und zugänglichen städtischen Umgebung für alle.“

In den letzten Jahren hat sich das Curbside Management aufgrund zunehmender Herausforderungen im Zusammenhang mit der Lieferung von Waren und der steigenden Nutzung von Fahrrädern und Elektrofahrzeugen weiterentwickelt. Städte setzen verschiedene Strategien ein, um den Straßenrand effizienter zu nutzen, wie zum Beispiel die Einrichtung von Ladezonen für Lieferfahrzeuge, die Einführung von Fahrradwegen und die – teils noch teilweise – Implementierung digitaler Lösungen zur Überwachung und Steuerung des Verkehrs am Straßenrand.

Das Ziel besteht darin, die Zuweisung und Nutzung des Straßenrandes zu optimieren und gleichzeitig den unterschiedlichen Bedürfnissen verschiedener Nutzergruppen gerecht zu werden, unabhängig davon, ob sie mit dem Auto, dem Rad oder zu Fuß unterwegs oder als Unternehmen auf Lieferverkehr angewiesen sind.



Weitere Begriffe online:
www.difu.de/6189

Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

Radverkehr und Verkehrswende

Eine Geschichte von Gegenwind und Rückenwind

Tilman Bracher

2021, Bd. 19, vierfarbig, zahlreiche Fotos, 168 S., 34 €

ISBN 978-3-88118-680-3, **eBOOK** 29,99 €

➔ www.difu.de/16867

So geht's

Fußverkehr in Städten neu denken und umsetzen
Uta Bauer (Hrsg.)

2019, Bd. 18, 240 S., vierfarbig, zahlreiche Abb. und Fotos, 39 €

ISBN 978-3-88118-643-8, **eBOOK** 33,99 €

➔ www.difu.de/12984

Vielfalt gestalten

Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten

Bettina Reimann u.a. (Hrsg.)

2018, Bd. 17, 364 Seiten, kostenlos

ISBN 978-3-88118-618-6

➔ www.difu.de/12236

Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten

Technische Varianten, räumliche Potenziale, institutionelle Spielräume

Martina Winker und Jan Hendrik Trapp (Hrsg.)

2017, Bd. 16, 272 S., vierfarbig, 39 €

ISBN 978-3-88118-584-4

➔ www.difu.de/11299

Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung

Praxiserfahrungen aus acht Kommunen

Thomas Franke u.a., 2017, Bd. 15, 316 S., vierfarbig, zahlreiche Abb., 39 €

ISBN 978-3-88118-579-0

➔ www.difu.de/11026

Sicherheit in der Stadt

Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele – Internationale Erfahrungen

Holger Floeting (Hrsg.), 2015, Bd. 14, 392 S., zahlreiche Abbildungen, 39 €

ISBN 978-3-88118-534-9, **eBOOK** 33,99 €

➔ www.difu.de/9850

Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch

Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage.

Mit Berücksichtigung der BauGB-Novelle 2013

A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-

Eichstaedt, 2013, Bd. 12, 466 S., 39 €

ISBN 978-3-88118-508-0, **eBOOK** 33,99 €

➔ www.difu.de/9002

Difu-Arbeitshilfen

Verfahren zur Aufstellung von Bebauungsplänen

3., grundlegend überarbeitete Auflage unter Berücksichtigung des Baulandmobilisierungsgesetzes – Muster, Tipps und Hinweise für eine zweckmäßige und rechtssichere Verfahrensgestaltung

M.-L. Wallraven-Lindl und A. Uhmann

2022, 224 S., 39 Euro

ISBN 978-3-88118-682-7, **eBOOK** 33,99 Euro

➔ www.difu.de/17149

Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch

3. Auflage, A. Bunzel (Hrsg.), von A. Strunz,

M.-L. Wallraven-Lindl, 2013, 172 S.,

zahlreiche Satzungsmuster, 29 €

ISBN 978-3-88118-526-4

➔ www.difu.de/9055

Difu-Impulse

Kommunale Investitionen in Klimaschutz und -anpassung: finanzielle Dimensionen und Rolle der Kämmergeien **NEU**

Sondergutachten im Rahmen des KfW-Kommunalpanels

Christian Raffer

Bd. 4/2023, 42 S., kostenlos, nur online

DOI 10.34744/difu-impulse_2023-4

➔ www.difu.de/17860

Vielfalt und Sicherheit im Quartier

Konflikte, Vertrauen und sozialer Zusammenhalt in europäischen Städten

G. Bartl, N. Creemers, H. Floeting (Hrsg.)

Bd. 3/2020, 182 S., 20€

ISBN 978-3-88118-667-4, **eBOOK** 16,99 €

➔ www.difu.de/16006

Verkehrswende nicht ohne attraktiven ÖPNV

Wie lassen sich große ÖPNV-Projekte erfolgreich umsetzen?

Jürgen Gies (Hrsg.), Bd. 2/2020, 104 S., 18 €

ISBN 978-3-88118-648-3, **eBOOK** 15,99 €

➔ www.difu.de/13360

Praxis der kommunalen Baulandmobilisierung und Bodenpolitik

Ergebnisse aus Kommunalumfrage (2020) und Untersuchungen in 16 Fallstudienstädten (2021)

Ricarda Pätzold, Franciska Frölich von

Bodelschwingh, Arno Bunzel, i.A. des BBSR

Bd. 3/2023, 135 S., kostenlos, nur online

Übersicht aller Publikationen + Bestellmöglichkeit

www.difu.de/publikationen

eBooks: <http://difu.ciando-shop.com/info/einside/> – Info für Zuwender: www.difu.de/12544

Vertrieb: Difu gGmbH, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin,

Tel. +49 30 39001-253, Fax: +49 30 39001-275, Mail: vertrieb@difu.de

Alle Difu-Veröffentlichungen und -eBooks sind für Difu-Zuwender kostenlos.

ISBN 978-3-910624-22-1

➔ www.difu.de/17799

Neue Instrumente der Baulandmobilisierung

Handreichung

Arno Bunzel, Diana Coulmas, Franciska Frölich

von Bodelschwingh, Magnus Krusenotto, Petra

Lau, Wolf-Christian Strauss, i.A. des BBSR

Bd. 2/2023, 77 S., kostenlos, nur online

ISBN 978-3-88118-692-6

➔ www.difu.de/17766

Baugebote für den Wohnungsbau – von der kooperativen Aktivierung bis zur Anordnung

Arbeitshilfe für die kommunale Praxis

Arno Bunzel, Stefanie Hanke, Magnus Krusenotto,

Daniela Michalski, i.A. des BBSR

Bd. 1/2023, 100 S., kostenlos, nur online

ISBN 978-3-910624-21-4

➔ www.difu.de/17735

Checkpoint Teilhabe

Kinder- und Jugendhilfe + BTHG –

Neue ganzheitliche Lösungen entwickeln!

Veranstaltungsdokumentation

Dialogforum „Bund trifft kommunale Praxis“

Bd. 1/2020, 160 S., 20 Euro

ISBN 978-3-88118-653-7, **eBOOK** 16,99 €

➔ www.difu.de/13166

Was gewinnt die Stadtgesellschaft durch saubere Luft?

Die lebenswerte Stadt: Handlungsfelder und Chancen

Tilman Bracher u.a., Bd. 2/2019, 68 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-642-1, **eBOOK** 12,99 €

➔ www.difu.de/12719

Öffentlichkeitsbeteiligung beim Netzausbau

Stephanie Bock, Jan Abt, Bettina Reimann

Bd. 1/2019, 98 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-640-7, **eBOOK** 12,99 €

➔ www.difu.de/12611

Difu-Policy-Papers

Die Flächennutzungsplanung fit machen für die Innenentwicklung **NEU**

Arno Bunzel, Franciska Frölich v. Bodelschwingh,

Magnus Krusenotto

Bd. 1/ 2023, 22 S., kostenlos, nur online

➔ www.difu.de/17845

Veröffentlichungen

Berichte 2/2023

Sonderveröffentlichungen (teilweise auch/nur als Download)

OB-Barometer 2023 **NEU**

Carsten Kühl, Beate Hollbach-Grömig, Difu
2023, 4 S., nur online
➔ www.difu.de/17892

Halbzeitbilanz zur Umsetzung der Agenda 2030 in deutschen Kommunen **NEU**

Oliver Peters, Henrik Scheller, Amelie Ruddek,
Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)
2023, 116 S., nur online
➔ www.difu.de/17948

Kooperative Planungsprozesse zur Stärkung gesundheitlicher Belange – modellhafte Erprobung und Entwicklung von Ansätzen zur nachhaltigen Umsetzung **NEU**

Jan Abt, u.a., UBA (Hrsg.)
2023, 112 S., nur online
➔ www.difu.de/17929

KfW-Kommunalpanel 2023 **NEU**

Christian Raffer, Henrik Scheller, KfW Bankengruppe
(Hrsg.)
2023, 4 S., nur online
➔ www.difu.de/17899

Stadtnatur erfassen, schützen, entwickeln: Orientierungswerte und Kenngrößen für das öffentliche Grün **NEU**

Naturschutzfachliche Begleitung der Umsetzung
des Masterplans Stadtnatur
Peter Blum, Christa Böhme, Christina Kühnau,
Markus Reinke, Luise Willen, BfN (Hrsg.)
2023, 240 S., ISBN 978-3-89624-414-7
➔ www.difu.de/17898

Fokus: Die ersten 100 Tage als Klima- schutzmanager*in (2. Auflage) **NEU**

Felix Braun, Julius Hagelstange, Petra Reinecke,
SK:KK (Herausgeber), BMWK
2023, 19 S., nur online
➔ www.difu.de/17878

Kommunale Klimainvestitionen im Spannungsfeld zwischen steigenden Bedarfen und begrenzten Ressourcen **NEU**

Stephan Brand, Christian Raffer, Johannes Salzgeber,
Henrik Scheller, KfW Bankengruppe
2023, 8 S., nur online
➔ www.difu.de/17869

Klimaschutzmaßnahmen:

Wie Sie als gemeinnütziger Verein, Contractor oder als Landkreis profitieren können **NEU**

Die Fördermöglichkeiten der Kommunalrichtlinie
SK:KK (Hrsg.), BMWK (Auftraggeber)
2023, drei Publikationen mit jeweils 4 S.,
nur online
➔ www.klimaschutz.de/de/service/mediathek

Klimaschutz in Kommunen: Praxisleitfaden **NEU**

4., aktualisierte Auflage
I. Fauter u.a., Difu (Hrsg.), BMWK (Auftraggeber)
2023, 339 S., ISBN 978-3-88118-683-4
➔ www.difu.de/17826

#Klimahacks - Mach dein Projekt: Natürlicher Klimaschutz durch Renaturierung **NEU**

Marco Peters, Björn Weber
2023, 7 S., nur online
➔ www.difu.de/17825

Wege zur treibhausgasneutralen Kommunalverwaltung **NEU**

Arbeitskreis Kommunalen Klimaschutz (Hrsg.),
Difu (Hrsg.)
2023, 10 S., nur online
➔ www.difu.de/17824

Resilienz in der Smart City **NEU**

Wie Kommunen besser mit Krisen umgehen
und proaktiv eine nachhaltige Zukunft gestalten
können
Franziska Sahr u.a., BBSR (Hrsg.)
2023, 55 S., ISBN 978-3-98655-027-1
➔ www.difu.de/17817

#Klimahacks – Mach Dein Projekt: Mobilitätsstationen

Klimafreundliche Mobilität
Marco Peters, Björn Weber
2023, 8 S., nur online
➔ www.difu.de/17762

Gemeinsam planen für eine gesunde Stadt – Empfehlungen für die Praxis

Thomas Preuß u.a., UBA (Hrsg.)
2023, 68 S., nur online
➔ www.difu.de/17743

Aufbau und Erhalt blau-grün-grauer Infrastrukturen für die kommunale Klimaanpassung

Fallbeispiele, Konstellationen und Kooperationsmanagement
Jan Hendrik Trapp u.a.
2023, 71 S., nur online
➔ www.difu.de/17674

Inclusive Housing Policies: Housing is the beginning

B. Reimann, J. Diring, R. Pätzold u.a.
2022, 40 S., nur online
➔ www.difu.de/17709

Dreifache Innenentwicklung

Definition, Aufgaben und Chancen für eine umweltorientierte Stadtentwicklung
Daniela Michalski, Thomas Preuß u.a.,
UBA (Hrsg.)
2022, 20 S., nur online
➔ www.difu.de/17687

Kommunales Integrationsmonitoring

Bettina Reimann und Beate Hollbach-Grömig
2022, 45 S., nur online
➔ www.difu.de/17660

Kommunalbefragung Open Data 2022

C. Raffer u.a., Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)
2022, 22 S., nur online
➔ www.difu.de/17615

E-Tretroller in Städten

Nutzung, Konflikte und kommunale Handlungsmöglichkeiten
Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)
2022, 50 S.
➔ www.difu.de/17613

Reallabore für urbane Transformation

Synthese- und Vernetzungsprojekt Zukunftstadt (SynVer*Z) (Hrsg.), 2022, 103 S.
➔ www.difu.de/17501

Klimagerechte Stadt- und Mobilitätsentwicklung: von europäischen Städten lernen

B. Weber, J. Gies, M. Hertel, P. Ratz
2022, 84 S., ISBN 978-3-88118-688-9,
nur online
➔ www.difu.de/17531

Frischer Wind in die Innenstädte

Julia Diring, Ricarda Pätzold, Jan Hendrik Trapp,
Sandra Wagner-Endres
2022, 73 S., ISBN 978-3-88118-687-2,
nur online
➔ www.difu.de/17532

Bauland mobilisieren und schaffen – Strategien und Instrumente für mehr Wohnungsbau

Difu und vhw (Hrsg.)
2022, 192 S., ISBN 978-3-88118-686-5,
nur online
➔ www.difu.de/17502

Was hemmt die Umsetzung der kommunalen Radverkehrsplanung?

Thomas Stein, Tobias Klein, Sandra Lindner
2022, 39 S., nur online
➔ www.difu.de/17420

Zeitschrift

Städte im Russländischen Imperium

Moderne Stadtgeschichte
MSG, Heft 2/2022, 168 S.
Einzelheft 12 Euro, Jahresabo (2 Hefte) 19 Euro
➔ www.difu.de/17676

Stadt und Inflation

Moderne Stadtgeschichte
MSG, Heft 1/2023, 168 S.
Einzelheft 12 Euro, Jahresabo (2 Hefte) 19 Euro
➔ www.difu.de/17864



Foto: Marcus Sielaff

Difu-Beitritt: Viele Vorteile für Kommunen, Verbände und Planungsgemeinschaften

Modernes Stadtmanagement erfordert fundierte, aktuelle Kenntnisse in allen kommunal relevanten Gebieten. Für viele Städte ist es finanziell nicht möglich, eigene Forschung und Fortbildung zu betreiben. Ohne entsprechendes Hintergrundwissen ist die Entscheidungsfindung jedoch erschwert. Hier setzt die Arbeit des Instituts an. Als Forschungsinstitut der deutschen Städte arbeitet das Difu praxisnah, berät Kommunen, unterstützt ihre Fortbildung, moderiert den kommunalen Erfahrungsaustausch und bietet vielfältige Serviceleistungen an.

Zentrale Kooperationspartner des Difu sind seine Partnerkommunen, Kommunalverbände und Planungsgemeinschaften. Mit ihnen kooperiert das Institut besonders eng und wird von ihnen durch jährliche Zuwendungen unterstützt. Diese enge Kooperation sorgt auch dafür, dass sich die Difu-Arbeit direkt am Praxisbedarf orientiert.

Beratung

Verwaltungspersonal und Ratsmitglieder aus Zuwanderkommunen und -verbänden können sich mit Fachfragen direkt an das Institut wenden, um diese im persönlichen Gespräch mit den Fachleuten zu erörtern.

➔ www.difu.de/12807

Fortbildung

Vor Ort, online oder am Berliner Standort, die praxisorientierten Difu-Seminare sind meist schnell ausgebucht. Für Fortbildungen lohnt sich die Zuwanderschaft besonders: Für Zuwander gelten stark reduzierte Beiträge. Das Institut hat sein Online-Fortbildungsangebot seit der Pandemie zudem deutlich ausgeweitet. Exklusiv für Zuwander bietet das Difu kostenfreie Online-Impulsvorträge.

➔ www.difu.de/17143

Erfahrungsaustausch mit anderen Städten
Erfahrungsaustausch ist wichtig, um die Position

der eigenen Stadt einschätzen zu können und Lösungswege vergleichbarer Städte kennen zu lernen. Das Difu bietet regelmäßigen Austausch an – teilweise exklusiv für Zuwander.

➔ www.difu.de/programm

Die eigene Stadt als Untersuchungsgegenstand

Zuwander werden vom Difu beispielsweise als Fallstudienstädte im Rahmen seiner Studien bevorzugt ausgewählt. Auch Kostenbeteiligungen an Studien sind für Zuwander teils günstiger. Die einbezogenen Städte profitieren unmittelbar vom Wissenstransfer auf aktuellem Stand.

➔ www.difu.de/projekte

Zugang zu exklusiven Informationen im Extranet – auch aus dem Homeoffice

Im Difu-Extranet stehen vielfältige Hintergrundinformationen exklusiv für Zuwander zur Verfügung: Berichte über Difu-Fortbildungen, „Virtuelle“ Tagungsmappen, Vorträge, Aufsätze, Präsentationen sowie Volltexte ausgewählter Difu-Publikationen. Zuwander können sich über exklusive Neuerscheinungen auch per RSS-Feed informieren lassen. Auch aus dem Homeoffice ist der Zugang für Zuwanderstädte möglich (Verwaltungsmitarbeitende und Ratsmitglieder senden hierzu eine Passwort-Anfrage an das Difu: s. zweiter Link).

➔ www.difu.de/extranet

➔ www.difu.de/6334

Alle Neuerscheinungen kostenfrei

Zuwander erhalten die Neuerscheinungen sämtlicher Difu-Publikationen kostenfrei. Das Difu bietet nahezu alle Publikationen auch digital an. PDFs können direkt im Extranet heruntergeladen werden, eBooks kostenfrei über den Ciando-Shop:

➔ Publikationen: www.difu.de/publikationen

➔ eBook-Bezug: www.difu.de/12544

➔ eBook-Shop: <http://difu.ciando-shop.com/>

Zugang in Difu-Literaturdatenbank und Repository

Online-Recherche in der Difu-Literaturdatenbank ist kostenfrei. Die Datenbank ermöglicht den Zugang zu kommunal relevanter Literatur. Das Repository enthält eine Vielzahl von Quellen, überwiegend im Volltext.

➔ <https://repository.difu.de/jspui/>

Ausführlichere Infos über Zuwander-Vorteile bieten die Difu-Website oder ein Anruf beim Difu

➔ www.difu.de/12914

➔ +49 30 39001-208



Sybille Wenke-Thiem

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Difu-Zuwanderschaft
+49 30 39001-209
wenke-thiem@difu.de

Dipl.-Pol.

Patrick Diekmann

Beratung ebooks
+49 30 39001-254
diekmann@difu.de

Dipl.-Geogr.

Ulrike Wolf

Difu-Fortbildung,
Inter-/Extranet
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Berichte – das Magazin des Difu

Herausgegeben von Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) gGmbH Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, www.difu.de

Redaktion Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.) mit Vera Gutofski, Dr. Sinje Hörlin, Johanna Klauack, Tillmann Kornmesser, Gesine Wolf

Gestaltungskonzept 3pc, Neue Kommunikation GmbH

Layout Vera Gutofski

Fotos Großbilder Seite 12 und 31: Adobe Stock (mroersch, nickolya) Fotos ohne Quellenangabe sind von www.pixabay.com, www.unsplash.com, oder www.qimby.net.

Redaktionskontakt/Berichte-Verteiler Difu-Pressestelle Tel. +49 30 39001-208, Fax -130 presse@difu.de

Jahrgang/Erscheinungsweise Jahrgang 49/vierteljährlich ISSN 1439-6343 Stand: 13.6.2023

Druck oeding print GmbH, Braunschweig. Gedruckt auf FSC Recycling Papier/Blauer Engel

Nutzung der Beiträge: Frei, bei Nennung der Quelle. Beispiel: aus Difu-Magazin Berichte, Ausgabe 2/2023). Belegexemplar/-Link/-PDF an die Difu-Pressestelle erbeten.

Kostenfreie Difu-Angebote

Difu-Website & Projektwebsites Immer auf dem neusten Stand: Difu-Forschung, -Fortbildung, -Veröffentlichungen und vieles mehr sind auf der Difu-Website zu finden – und auch auf den verschiedenen Projekt-Websites, die das Difu im Rahmen seiner Projektarbeit betreibt: www.difu.de www.difu.de/15196

Difu-Magazin Berichte – auch online Über das Difu-Magazin informiert das Institut vierteljährlich über Forschungsergebnisse, Standpunkte, neue Publikationen, Projekte, Veranstaltungen und vieles mehr. Die Berichte erscheinen als Print- und Online-Version. Der Umstieg auf die papierlose Version hat viele Vorteile: Klima schützen, Platz sparen, früher informiert sein – und das Difu von den Portokosten entlasten. Der Wechsel ist leicht: Mail-Adresse online unter Verteileraufnahme eintragen und absenden. Senden Sie anschließend einfach eine Mail an presse@difu.de und teilen uns mit, welche Postadresse wir streichen dürfen. Beim Erscheinen eines neuen Hefts erhalten eAbonent*innen eine E-Mail mit dem Link zum aktuellen Heft (PDF). Durch das Online-Abo erhalten sie das Heft ca. zwei Wochen vor dem Erscheinen der Printausgabe, da Druck- und Versandkosten entfallen. Das Online-Archiv reicht bis 1996 zurück. www.difu.de/15194 (Verteileraufnahme) www.t1p.de/qmary (Archiv)

E-Mail-Newsletter „Difu-News“ Alle zwei Wochen informiert das Difu über seinen E-Mail-Newsletter „Difu-News“ über ausgewählte Inhalte auf der Difu-Homepage. www.difu.de/newsletter

Veröffentlichungen

Viele Publikationen stehen kostenfrei zum Download auf der Difu-Homepage zur Verfügung. Andere können teils als Printexemplar oder eBooks käuflich erworben werden. www.difu.de/publikationen

Öffentliche Veranstaltungsserie

Im Wintersemester bietet das Difu monatlich die gebührenfreie Veranstaltungsreihe der „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“ online an, die sich zu jedem Termin mit einem anderen aktuellen Thema zur Zukunft der Städte befasst. www.difu.de/veranstaltungen/difu-dialoge

Social Media-Kanäle

Über Facebook und Twitter kommuniziert das Difu aktuelle „teilenswerte“ Neuigkeiten aus dem Institut bzw. zu kommunal relevanten Themen. Ausgewählte öffentliche Difu-Veranstaltungen sowie ausgewählte Vorträge von Difu-Wissenschaftler*innen können auf Youtube live verfolgt oder „nachgesehen“ werden: www.facebook.com/difu.de www.twitter.com/difu_d www.youtube.com/@difu www.t1p.de/r2u2x

Presseverteiler

Die Pressemitteilungen informieren über medienrelevante Neuigkeiten aus dem Institut. www.difu.de/13168

RSS-Feeds

Feeds zu Pressemitteilungen, Veranstaltungen, Publikationen, Projekten, Ausschreibungen informieren in Echtzeit. www.difu.de/15162



Bildcollage: Difu

„Moderne Stadtgeschichte“ mit dem Schwerpunkt Stadt und Inflation

Die Ausgabe 1/2023 der „Modernen Stadtgeschichte“ (MSG) widmet sich einem historischen und zugleich hochaktuellen Thema. Die Herausgeber kündigen zudem eine neue Erscheinungsweise an: Ab 2024 wird ausschließlich „open access“ publiziert.

Als wissenschaftlichen Themenschwerpunkt widmet sich das Heft dem Verhältnis von Stadt und Inflation. Die Herausgeber Christoph Bernhardt und Dieter Schott (Konstanz) sprechen in ihrer Einleitung als doppelten Anlass der Themenwahl die vor genau hundert Jahren grassierende Hyperinflation und die aktuellen Inflationserscheinungen in der Folge des russischen Krieges gegen die Ukraine an. Sie umreißen die seit einiger Zeit nur langsam fortschreitende Forschungslage und heben die widersprüchlichen Effekte der Hyperinflation von 1923 hervor, wie z.B. eine vorübergehende Entschuldung der Städte. Der Beitrag von Sebastian Teupe (Bayreuth) akzentuiert das komplizierte finanzpolitische Verhältnis zwischen den Städten und dem Reich, das bereits mit der großen Finanzreform von 1919/20 eine grundlegende Veränderung erfahren hatte, und analysiert

Aufkommen kommunaler „Notgeld“-Emissionen, die als Ersatzwährung fungierten, und die Auftritte charismatischer „Inflationsheiliger“, die mit anti-modernen Parolen neue Lebensgemeinschaften um sich scharten. Christian Raffer (Berlin) analysiert aus kommunal- und finanzwissenschaftlicher Sicht die aktuellen Inflationsprobleme und politischen Herausforderungen für die deutschen Kommunen in der Folge des Krieges in der Ukraine. Er hebt vor allem die sehr unterschiedliche Situation der deutschen Städte hervor, von denen nicht wenige schon vor Kriegsbeginn mit finanziellen Engpässen zu kämpfen hatten, und konstatiert eine Einengung der Handlungsspielräume, unter anderem in der Kulturpolitik und Sportförderung. Eine Vorschau auf eine große Ausstellung des Historischen Museums Frankfurt zur Inflation von 1923 gibt Frank Berger (Frankfurt), der Objekte wie alte Banknoten, Fotos und Filme als Medien der Ausstellung und die Alltagserfahrungen der Stadtbewohner als deren thematischen Schwerpunkt hervorhebt. Der Themenschwerpunkt wird abgerundet durch die Leitrezension von Christoph Bernhardt zu einem kürzlich von Andrea Bonoldi, Andrea Leonardi und Cinzia Lorandini herausgegebenen Buch über die Inflation in Österreich-Ungarn und Italien während und nach dem ersten Weltkrieg.

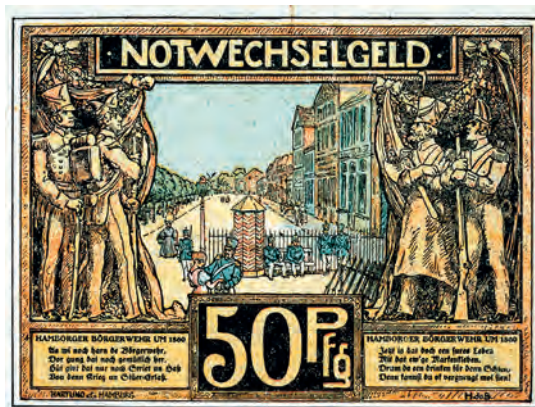


Foto: Adobe Stock, hansmuensch



Historische Banknote, Notgeld, 1921, Fünfzig Pfennig, Deutschland

die Handlungsspielräume der Kommunen in den zentralen Feldern der Steuern, Schulden und öffentlichen Betriebe. Dieter Schott wendet sich in seinem Aufsatz den südwestdeutschen Städten zu, die unter anderem einen sprunghaften Anstieg des grenzüberschreitenden Einkaufstourismus erfahren, andererseits durchaus einzelne städtische Infrastrukturen ausbauen konnten.

Heike Knortz (Karlsruhe) akzentuiert den teilweise unumgänglichen Ausbau der städtischen Sozialpolitik, insbesondere der Armenfürsorge, in der Inflation, und hebt als deren fatale Folge die ab 1924 sprunghaft wachsende Auslandsverschuldung der Kommunen hervor. Und Erin Sullivan Maynes (Los Angeles) rekonstruiert das

In einem Beitrag in der thematisch offenen Rubrik „Forum“ geht Malte Borgmann (Berlin) den Zusammenhängen von Migration und öffentlicher Wohnungspolitik in West-Berlin während der 1970er- und 1980er-Jahren nach, wobei er erstmals eine integrierte Analyse des Umgangs mit ganz unterschiedlichen Gruppen von Zuwanderern, wie etwa aus der DDR und der Türkei, unternimmt. Ein Tagungsbericht von Lisa Hellriegel über eine Konferenz zu „Citizen Science in der Stadtgeschichte“ in Hamburg und ein Kurzbericht von Christoph Bernhardt über ein größeres Publikations- und Ausstellungsprojekt zum Thema „Planen und Bauen im Nationalsozialismus“ beschließen das Heft.

Die Zeitschrift erscheint künftig in neuer Erscheinungsweise - ab Anfang 2024 wird sie ausschließlich als „open access“ publiziert.



www.difu.de/17864



Prof. Dr.
Christoph Bernhardt
christoph.bernhardt@hu-berlin.de

Kommunalen Klimaschutz umsetzen mit dem digitalen Praxisleitfaden

Das Standardwerk für die Arbeit im kommunalen Klimaschutz, der Praxisleitfaden „Klimaschutz in Kommunen“, ist jetzt digital verfügbar. Die neue Website vermittelt umfassendes Know-how für die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen.

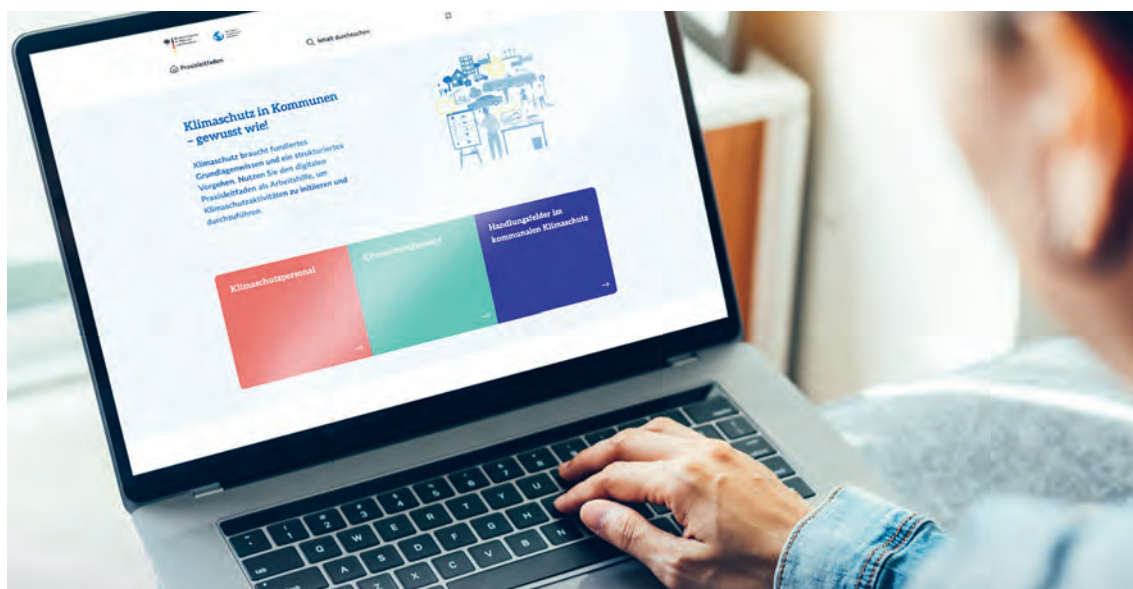


Foto: Adobe Stock, panitan

Vielfältige Strategien und Erfahrungen, unterschiedliche Maßnahmen – und doch haben die rund 11000 deutschen Kommunen eines gemeinsam: ihre Schlüsselrolle für das Erreichen der nationalen Klimaschutzziele. Sie in der Umsetzung kommunaler Klimaschutzmaßnahmen zu unterstützen, ist das Ziel des neuen, komplett digitalen Praxisleitfadens „Klimaschutz in Kommunen“. Er ist ein Angebot der Agentur für kommunalen Klimaschutz am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu).

Für die neue Online-Version wurde der Praxisleitfaden umfassend aktualisiert und mit einem nutzerfreundlichen Design versehen. Besonders praktisch: Das Angebot ist auch für die mobile Nutzung optimiert und lässt sich von überall aus nutzen. Der Praxisleitfaden richtet sich gleichermaßen an Einsteiger*innen und Fortgeschrittene und ist damit praktische Wissensressource sowohl für Klimaschutzpersonal in Kommunen und Organisationen, als auch für andere Akteur*innen im Klimaschutz.

On top bietet das digitale Angebot Steckbriefe zu konkreten Klimaschutzmaßnahmen – inklusive einer Bewertung ihrer Wirksamkeit. Sie sollen zu eigenem Handeln inspirieren und Hilfestellung bei der Umsetzung bieten. Zahlreiche Infografiken visualisieren das vermittelte Know-how.

Die neue Website ersetzt die bisherige Printausgabe, knüpft mit ihren Schwerpunktthemen „Klimaschutzpersonal“, „Klimaschutzkonzept“ und „Handlungsfelder im kommunalen Klimaschutz“ aber inhaltlich an diese an. Nutzer*innen können auf der Website entweder durch thematisch zusammenhängende Artikel des Praxisleitfadens navigieren oder mithilfe von Schlagwörtern, per Suchfunktion und ganz klassisch über das Inhaltsverzeichnis. Neu ist: Einzelne Artikel lassen sich mittels Lesezeichenfunktion speichern, um einen individuellen Themenkatalog zu erstellen.

Am Ende jedes Artikels kann das zugehörige Kapitel des Praxisleitfadens außerdem als barrierefreies PDF heruntergeladen werden. Das bietet Leser*innen die Möglichkeit, sich vertiefend und umfassend mit den einzelnen Artikelthemen zu beschäftigen. Zusätzlich zur Website wird der gesamte Praxisleitfaden auch als barrierefreies PDF zum Download angeboten.

Der Praxisleitfaden „Klimaschutz in Kommunen“ ist in Kooperation mit dem Institut für Energie- und Umweltforschung (ifeu) und Klima-Bündnis und im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) entstanden.



www.t1p.de/zyu4c



Stephanie Frank, M.A.
+49 30 39001-262
frank@difu.de

Öffentliches Grün: Weiterentwicklung von Orientierungswerten

In der Freiraumplanung kommen immer noch Orientierungswerte aus den 1970er-Jahren zum Einsatz. Aktuelle Herausforderungen wie Klimaanpassung, Erhalt der biologischen Vielfalt und Umweltgerechtigkeit werden durch diese Werte nur unzureichend abgebildet.

Um künftig auch Herausforderungen wie Klimaanpassung, Umweltgerechtigkeit und biologische Vielfalt in der Freiraumplanung zu berücksichtigen, hat das Difu gemeinsam mit der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf (HSWT) im vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) geförderten Forschungsprojekt „Stadtnatur erfassen, schützen, entwickeln“ fachliche Empfehlungen für weiterentwickelte freiraumbezogene Orientierungswerte erarbeitet. Die Empfehlungen basieren auf bundesweiten Statusquo-Analyse zur Anwendung von freiraumbezogenen Orientierungswerten sowie der Analyse der kommunalen Praxis in den fünf Fallstudienstädten Berlin, Dresden, Freiburg i.Br., Rheine und Graz.

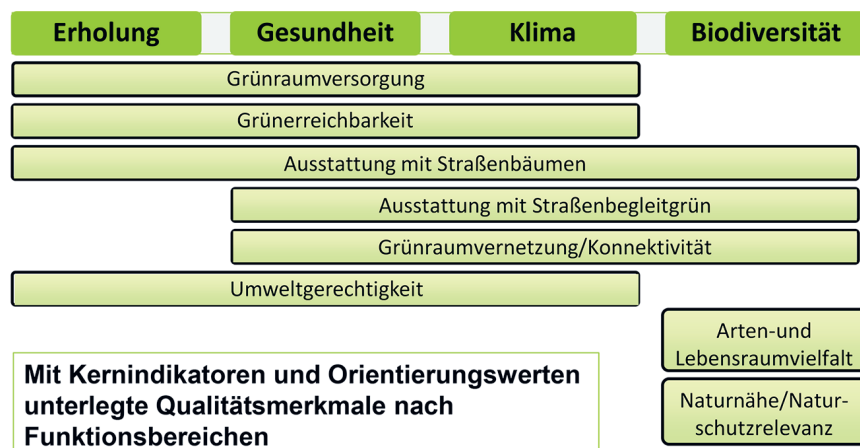
Die Weiterentwicklung der Werte zielt darauf ab, über die Erholungsfunktion hinausgehend auch Klima-, Gesundheits- und Biodiversitätsfunktionen von öffentlichen Grünflächen und Grünstrukturen abzubilden. Im Ergebnis werden nach diesen vier Funktionen differenzierte Kernindikatoren und Orientierungswerte für verschiedene Qualitätsmerkmale des öffentlichen Grüns empfohlen.

Da nicht jede Grünfläche und nicht jede Grünstruktur auf die empfohlenen funktionsbezogenen Orientierungswerte angerechnet werden kann, sondern zunächst für die jeweilige Funktion als wirksam beurteilt werden muss, wurden ergänzend zu den Orientierungswerten Kenngrößen zur Bestimmung der Funktionswirksamkeit einzelner

Grünflächen und -strukturen entwickelt. Diese Kenngrößen beziehen sich beispielsweise auf die Mindestgröße, den Versiegelungsgrad, die Zugänglichkeit, das Lärmbeeinträchtigungsniveau, die Artenausstattung oder die Strukturvielfalt von Grünflächen.

Zudem wurde im Rahmen des Forschungsvorhabens ein Strukturtypenschlüssel für eine flächendeckende Stadtbiotopkartierung entwickelt. Er erlaubt es, quantitative und qualitative Informationen zur Versorgungs- und Bedarfsanalyse des städtischen Grüns bereitzustellen.

Die empfohlenen Orientierungswerte und Kenngrößen sowie der entwickelte Strukturtypenschlüssel wurden im laufenden Forschungsprozess mit einer Vielzahl von Expert*innen aus kommunalen Verwaltungen, kommunaler Planungspraxis, Verbänden und Wissenschaft erörtert und qualifiziert. In einem Nachfolgeprojekt, das ebenfalls von der HSWT und dem Difu mit Förderung des BfN bearbeitet wird, werden die Werte und Größen sowie der Strukturtypenschlüssel ab Herbst 2023 in mehreren Kommunen einem Praxistest unterzogen. Parallel dazu wird vom BfN ab 2024 ein Konventionsbildungsprozess durchgeführt, in dem verschiedene Fachinstitutionen, Fachgremien und Verbände einbezogen werden und der auf eine möglichst breit getragene Fachkonvention zu den Orientierungswerten und Kenngrößen zielt.



www.difu.de/17898
www.difu.de/12928
www.difu.de/17913



Dipl.-Ing. Christa Böhme
+49 30 39001-291
boehme@difu.de

Dipl.-Geogr. Luise Willen
+49 221 340308-19
willen@difu.de

Plattformen und Stadtentwicklung

Auswirkungen der Plattformökonomie auf die Stadtentwicklung und wie Kommunen handeln können.

Plattformen und Stadtentwicklung



www.difu.de/17947

Umfrage: www.t1p.de/a68dd



Dimitri Ravin, M.Sc.

+49 30 39001-144

ravin@difu.de

Dipl.-Ing. Jan Abt

+49 30 39001-206

abt@difu.de

Dr. Jens Libbe

+49 30 39001-115

libbe@difu.de



Foto: Adobe Stock, salomonus_

Uber, Airbnb, Amazon – digitale Plattformen und die damit verbundene Ökonomie durchdringen sämtliche wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereiche. Als digital organisierte Mittler zwischen Angebot und Nachfrage ermöglichen sie eine bedarfsgerechte Zusammenführung von Gütern, Dienstleistungen oder Informationen. Auch auf stadträumliche Entwicklungen nehmen Plattformen seit einigen Jahren zunehmend Einfluss, unter anderem durch die Kurzzeitvermietung von Wohnraum, durch Beförderungsdienstleistungen und Essenslieferungen. Dabei können Plattformen durch entsprechende Geschäftsmodelle entweder eine stark profitorientierte Zielsetzung verfolgen oder aber im Dienste der Daseinsvorsorge vorrangig auf das Wohl der Bürger*innen ausgerichtet sein.

Bisher fehlt ein systematischer Überblick über stadtentwicklungsrelevante digitale Plattformen aus räumlicher Perspektive und insbesondere ihre Verortung als Bestandteile des Smart-City-Ökosystems. Im Rahmen der Begleitforschung der Koordinierungs- und Transferstelle (KTS) Modellprojekte Smart Cities ermittelt das Projektteam unter anderem im Rahmen einer Umfrage, bei welchen Plattfortmtypen und in welchen Handlungsfeldern eine direkte Wirkung der Plattformökonomie auf die Zusammenhänge der Stadtentwicklung anzunehmen ist.

Ziel ist es, die Bedeutung von digitalen Plattformen für die Stadtentwicklung zu untersuchen und zu eruieren, inwieweit unterschiedliche Plattfortmodelle einen Frölich Beitrag zu den Handlungsfeldern der Stadtentwicklung leisten und inwiefern Kommunen lokal Einfluss auf die Betriebs- und Geschäftsmodelle der Plattformen nehmen können.

Kulturarbeit in Landkreisen

Kulturelle Angebote in ländlichen Regionen stärken – welche Handlungsoptionen haben Landkreise?



Für Städte und Gemeinden in ländlichen Regionen sind ein attraktives Kulturleben, vielfältige Möglichkeiten zur Teilnahme an Kunst- und Kulturangeboten, aber auch zur kulturellen Bildung von besonderer Bedeutung. Die Gestaltung des Kulturangebots beruht auf kommunaler Seite vielfach auf dem Zusammenspiel zwischen Landkreisen und kreisangehörigen Städten und Gemeinden. Da die Landkreise personell und finanziell teilweise besser ausgestattet sind als die kreisangehörigen Kommunen, verfügen sie über mehr Handlungsspielräume und gestalten das Kulturangebot mit. Kommunale Kulturarbeit auf Kreisebene erfordert daher Ressourcen für die Vernetzung der Kulturakteur*innen, die Unterstützung ehrenamtlicher Strukturen sowie den Aufbau von Netzwerken zwischen Kultur, Verwaltung und Politik. Das wiederum erfordert ein Selbstverständnis der Kreisverwaltungen als Vermittler, Netzwerker und Initiator.

Im Projekt „Kommunale Kulturarbeit in den Landkreisen“ werden Rolle und Aufgaben von Landkreisen im Kontext der Kulturarbeit untersucht und Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Kulturangebots in ländlichen Regionen erarbeitet. Dafür werden in dem vom Bundeslandwirtschaftsministerium geförderten Projekt Rahmenbedingungen, Strukturen, Aktivitäten und Strategien der Kulturverwaltungen in Landkreisen systematisch analysiert und skizziert. Auf der Grundlage einer Landkreisbefragung erfolgt eine Bestandaufnahme organisatorischer, strategischer und kooperativer Aspekte kommunaler Kulturarbeit. Anhand ausgewählter Fallstudien-Landkreise werden Handlungsoptionen vertieft. Die Projektergebnisse werden abschließend zielgruppenspezifisch aufbereitet und vermittelt.

Kulturarbeit in Landkreisen



www.difu.de/17837



Julia Diringer, M.Sc.

+49 30 39001-283

diringer@difu.de

Dipl.-Ing. Franciska

Frölich v. Bodelschwingh

+49 30 39001-245

froelich@difu.de

Dr.

Beate Hollbach-Grömig

+49 30 39001-293

hollbach-groemig@difu.de

Ankunftsquartiere gestalten

Kommunale Integrations-Governance soll Teilhabe und sozialen Zusammenhalt in den Quartieren stärken.

Ankunftsquartiere gestalten



www.difu.de/17952



Dr. Bettina Reimann
+49 30 39001-191
reimann@difu.de



Foto: Wolf-Christian Strauss

Die aktuelle Zuwanderungsdynamik (Flucht- und Arbeitsmigration) stellt Unterstützungssysteme, Wohnungsmärkte, Verwaltungsverfahren und vieles mehr vor erhebliche Herausforderungen. In räumlicher Sicht weiten sich die Integrationsaufgaben auf Stadtquartiere aus, die bislang weit weniger als andere Quartiere von (Neu-)Zuwanderung betroffen waren. Entsprechend gibt es keine oder kaum soziale Infrastrukturen, und helfende Institutionen sind wenig präsent. Dies kann zu Konflikten in der Nachbarschaft führen. Im Projekt „Teilhabe in ‚neuen‘ Ankunftsquartieren stärken“ sollen Erfahrungen der Kommunen mit Zuwanderungsorten und Ankunftsquartieren aufbereitet und der Aufbau von Gelegenheitsstrukturen der sozialräumlichen Integration begleitet werden.

Im Rahmen des von der Stiftung Mercator geförderten Projekts werden Kommunen dabei unterstützt, in Quartieren, die von internationaler Zuwanderung besonders geprägt sind, ein gutes Zusammenleben von „alten“ und „neuen“ Bewohner*innen zu ermöglichen und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort zu stärken. Ein wichtiger Baustein ist der Aufbau einer kommunalen „Integrations-Governance“, die Kommunen befähigt, mit Ankunftsquartieren besser umzugehen und Teilhabe und sozialen Zusammenhalt dauerhaft zu festigen. Dazu gehören eine ressortübergreifende Zusammenarbeit auf der Verwaltungsebene, die Vernetzung sozialer Infrastrukturen, die Aktivierung „alter“ und „neuer“ Quartiersbewohner*innen vor Ort und die Kooperation von Verwaltungs- und Vor-Ort-Akteuren.

Das Difu führt das Projekt gemeinsam mit dem ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und der TU Berlin durch.

Wärmenetze für das Land Berlin



www.difu.de/17880



Dipl.-Ing. Robert Riechel
+49 30 39001-211
riechel@difu.de

Wärmenetze für das Land Berlin

Neue Studie nimmt Nichtwohngebäude in den Blick und prüft deren Potenziale für die Ausweitung von Wärmenetzen.



Foto: Adobe Stock, Bumble Dee

Wärmenetze spielen eine Schlüsselrolle, um eine treibhausgasneutrale Wärmeversorgung zu erreichen und unabhängiger von Energieimporten zu werden. Sie können Wärme effizient bereitstellen und verschiedene erneuerbare Energiequellen sammeln und verteilen. Welche Siedlungsgebiete sich für eine netzgebundene Wärmeversorgung eignen, hängt entscheidend von Siedlungsstrukturen, baulicher Dichte und energetischem Zustand der Gebäude ab.

Im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen untersucht das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) gemeinsam mit dem Lehrstuhl Stadttechnik der BTU Cottbus-Senftenberg Potenziale zur Ausweitung bestehender Fern- und Nahwärmenetze im Land Berlin. Im Projekt werden die Arbeiten des Vorgängerprojekts „Strategie zur Ausweitung der Fern- und Nahwärmenetze im Land Berlin“ fortgeführt.

Während zuvor Wohngebäude im Fokus standen, konzentriert sich die Anschlussstudie auf Nichtwohngebäude. In der Gesamtschau beider Studien lässt sich nutzungsübergreifend die zukünftige Wärmebedarfsdichte in Berlin abschätzen. Zudem ist es möglich, darauf aufbauend Potenziale für die Ausweisung von Wärmenetzen im Land Berlin zu identifizieren. Auf der Basis von Analyse- und Geoinformationssystemen werden im Projekt Vorschläge für die räumliche Priorisierung verschiedener Wärmenetzausbaustrategien erarbeitet. Parallel dazu wird das Projektteam die Rolle und die Handlungsmöglichkeiten der für Planung und Bauen zuständigen Verwaltungseinheiten bei der Erarbeitung und Umsetzung der Wärmeplanung herausarbeiten.

SK:KK → Agentur für Klimaschutz

Die Agentur für kommunalen Klimaschutz führt die Arbeit des SK:KK fort und unterstützt Kommunen im Klimaschutz.

Agentur für kommunalen Klimaschutz



www.t1p.de/cj3o5



Julius Hagelstange

+49 30 39001-170

agentur@klimaschutz.de



Foto: Adobe Stock, Stratocaster

Die Agentur für kommunalen Klimaschutz am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) ist Ansprechpartnerin in allen Fragen des kommunalen Klimaschutzes. Als bundesweite Lotsenstelle bündelt sie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) Informations-, Beratungs- und Vernetzungsangebote für Kommunen und kommunale Akteur*innen. Die Agentur berät umfassend zu Fördermöglichkeiten im kommunalen Klimaschutz. Ziel ist es, die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen auf kommunaler Ebene zu unterstützen und sie weiter zu beschleunigen. Kooperationspartner sind der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag sowie der Deutsche Städte- und Gemeindebund.

Bis 2045 soll Deutschland treibhausgasneutral werden. Damit dies gelingt, fördert und initiiert der Bund über die Nationale Klimaschutzinitiative (NKI) seit 2008 Klimaschutzprojekte in ganz Deutschland, die einen wichtigen Beitrag zur Erreichung dieses Ziels leisten. Das wichtigste Breitenförderprogramm im Rahmen der NKI ist die Kommunalrichtlinie. Mit ihrer Hilfe können Kommunen und andere Akteure wie kommunale Unternehmen, Vereine oder Bildungsträger Klimaschutzmaßnahmen umsetzen und ihre Treibhausgasemissionen dauerhaft senken.

Zu den Fördermöglichkeiten im Rahmen der NKI und zu anderen Förderprogrammen im kommunalen Klimaschutz informiert und berät die Agentur persönlich, telefonisch und per E-Mail. Die Agentur ist, wie zuvor das „Service- und Kompetenzzentrum: Kommunalen Klimaschutz (SK:KK)“, am Difu angesiedelt.

Praxistest: Öffentliches Grün



www.difu.de/17913



Dipl.-Ing. Christa Böhme

+49 30 39001-291

boehme@difu.de

Praxistest: Öffentliches Grün

Neue Orientierungswerte für öffentliches Grün entwickelt: Kommunen mit Interesse an Praxistest gesucht!

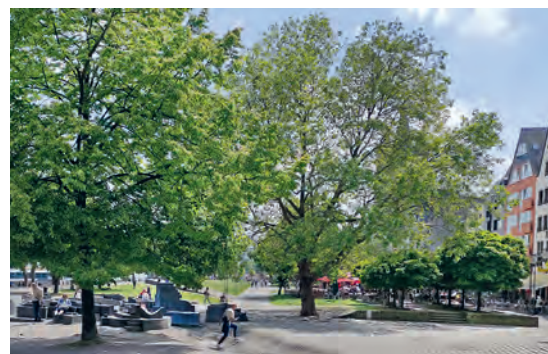


Foto: Vera Gutofski

Die Hochschule Weihenstephan-Triesdorf und das Difu haben im Auftrag des Bundesamts für Naturschutz das Forschungs- und Entwicklungsvorhaben „StadtNatur erfassen, schützen, entwickeln – Naturschutzfachliche Begleitung der Umsetzung des Masterplans StadtNatur“ umgesetzt. In dem Vorhaben wurden freiraumbezogene Orientierungswerte der Gartenamtsleiterkonferenz von 1973 mit Blick auf die Funktionen Erholung, Gesundheit, Klima und Biodiversität weiterentwickelt und funktionsbezogen spezifiziert. Zudem wurde ein einfach handhabbarer Stadtstrukturtypenschlüssel entwickelt, der auf Nutzungs- und Strukturtypen basiert und die Anwendung der Orientierungswerte im stadtstrukturellen Kontext – insbesondere hinsichtlich der Versorgungsgrade mit privatem Grün – unterstützt.

In einem Nachfolgeprojekt sollen nun die Orientierungswerte sowie der Strukturtypenschlüssel in bis zu fünf Kommunen einem Praxistest unterzogen. Inhalt des Praxistests soll unter anderem sein: die Praktikabilität der Werte im kommunalen Alltag in unterschiedlichen Anwendungsfällen zu erproben, erste Schätzungen zu Aufwand und Kosten bei der Anwendung zu treffen, die Werte hinsichtlich ihrer Eignung als Monitoring-Tool zu testen sowie die Werte mit Blick auf ihre Eignung zur Verbesserung der ämterübergreifenden Zusammenarbeit einzuschätzen.

Parallel zum Praxistest führt das BfN einen Konventionsbildungsprozess durch, in den verschiedenen Fachinstitutionen, Fachgremien und Verbände einbezogen werden und der auf eine möglichst breit getragene Fachkonvention zu den Orientierungswerten abzielt.

Fuß- & Radverkehr sicher gestalten

Wie Kommunen die Sicherheit des Fuß- und Radverkehrs verbessern können, untersucht das Difu im Auftrag der UDV.



Foto: Doris Reichel

Das Leitbild der „Vision Zero“ wird im Verkehrssicherheitsprogramm der Bundesregierung für die Jahre 2021 bis 2030 als klares Ziel verkehrspolitischen Handelns benannt. 2021 verunglückten in Deutschland innerorts 95.955 Fußgänger*innen und Radfahrer*innen, 467 davon tödlich. Damit machen Fuß- und Radverkehr 24,2 Prozent aller innerörtlichen Unfälle und 62,3 Prozent aller innerörtlichen Unfälle mit Todesfolge aus. Die Zahlen zeigen, dass der Schutz der besonders vulnerablen Verkehrsteilnehmenden unabdingbar ist, um einen deutlichen Schritt in Richtung „Vision Zero“ zu machen. Den öffentlichen Raum für den Fuß- und Radverkehr zurückzugewinnen ist dabei zentral. Das Vorhaben steht auch für eine umwelt- und klimaverträgliche Gestaltung des Verkehrs.

Nach § 45 der Straßenverkehrsordnung (StVO) haben Kommunen die Möglichkeit „Experimentierräume“ einzurichten, um Fuß- und Radverkehr (zumindest temporär) zu stärken. Viele Städte in Deutschland nutzen diese Möglichkeit und haben bereits Pilotprojekte initiiert oder planen derzeit vergleichbare Vorhaben mit dem Ziel, einerseits die Aufenthalts- und Lebensqualität für die Bevölkerung zu erhöhen und andererseits Menschen, die zu Fuß gehen oder Rad fahren, vor tödlichen und schweren Verkehrsunfällen zu schützen. Auch im Ausland gibt es diverse Beispiele, innovative Konzepte durch Verkehrsversuche zu erproben.

Bisher sind nur einzelne Praxisbeispiele dokumentiert, es fehlt jedoch ein umfassender Überblick guter Beispiele mit Evaluationen und Ergebnissen, der Kommunen Hilfe bietet. Diese Lücke soll das von der Unfallforschung der Versicherer (UDV) beauftragte Projekt schließen.

Sicherheitsrisiko Parken!

Seminarreihe für Kommunen und Landkreise im Auftrag des Deutschen Verkehrssicherheitsrats wird fortgeführt.



Jeder fünfte innerörtliche Unfall mit Personenschaden, bei dem zu Fuß Gehende und Radfahrende beteiligt sind, steht im Zusammenhang mit parkenden Autos. Zu den wesentlichen Ursachen zählen geöffnete Fahrzeugtüren („Dooring-Unfälle“) und Sichtbehinderungen durch parkende Fahrzeuge. Vor allem an Knotenpunkten, Einmündungen sowie Querungsstellen und -hilfen behindern illegal abgestellte Kraftfahrzeuge die Sicht zwischen den Verkehrsteilnehmenden. Sind neben dem Kfz-Verkehr auch zu Fuß Gehende und Radfahrende involviert, sind diese ungeschützten Verkehrsteilnehmenden meist stark gefährdet.

Zugeparkte Straßen stellen allerdings nicht nur ein Sicherheitsrisiko dar. Sie beeinträchtigen auch die Arbeit von Polizei, Rettungsdiensten und Müllabfuhr und schränken damit wichtige Funktionen einer Stadt ein. Trotzdem wird widerrechtliches Parken auf Geh- und Radwegen in Deutschland selten geahndet und die Bußgelder sind – auch nach der Anpassung der Straßenverkehrsordnung (StVO) im April 2020 – immer noch deutlich niedriger als im Ausland. Hinzu kommt, dass die Infrastruktur, die unter den Rahmenbedingungen und Leitbildern der „autogerechten Stadt“ vergangener Jahrzehnte entstanden ist, den heutigen Anforderungen an Sicherheit und Lebensqualität im öffentlichen Raum nicht mehr gerecht wird und oft mit ursächlich für schwere Unfälle ist. Die Verkehrsplanung steht vor der Herausforderung, diese Missstände zu beheben. Die Neuordnung des Parkens ist in diesem Fall eine der wirkungsvollsten Maßnahmen und maßgebliche Stellschraube. Die Seminarreihe im Auftrag des Deutschen Verkehrssicherheitsrats (DVR) soll Kommunen und Landkreise für die Verkehrssicherheit des Rad- und Fußverkehrs sensibilisieren.

Fuß- und Radverkehr sicher machen



www.difu.de/17775



Victoria Reichow, M.Sc.
+49 30 39001-257
reichow@difu.de

Dipl.-Ing. Jannik Lohaus
+49 30 39001-132
lohaus@difu.de

Sicherheitsrisiko Parken!



www.difu.de/17797



Victoria Reichow, M.Sc.
+49 30 39001-257
reichow@difu.de

Dipl.-Geogr.
Martina Hertel
+49 30 39001-105
hertel@difu.de



Foto: Adobe Stock, Piman Khnutmuang

Das Difu bietet Präsenz- und Online-Fortbildungen zu allen kommunal relevanten Themen der Kommunen an. Die „neuen“ Digitalformate und Tools sind dabei eine wichtige Bereicherung des Fortbildungsangebots. Das Institut entwickelt die Formate ständig weiter. Ein Teil der Difu-Seminare wird als WebSeminar angeboten. Dies eröffnet die Möglichkeit des unkomplizierten Austausches und den kurzfristigen Einstieg in neue Themen. Zudem ist es so möglich, auch bei kurzlebigen Themen am Ball zu bleiben.

Es lohnt sich, einen Blick auf die Difu-Website zu werfen und den Difu-Newsletter zu abonnieren: Hier ist das aktuelle Veranstaltungsangebot gebündelt zu finden – sowohl hauseigene Seminare und Veranstaltungen als auch Veranstaltungen im Rahmen der Difu-Forschungs- und Wissenstransferprojekte. Auch diese Veranstaltungen sind durch die Projektförderung oft sehr kostengünstig. Dazu gehören beispielsweise die Veranstaltungen des Mobilitätsforum Bund, des Zentrums für Klimaanpassung, der Agentur für Klimaschutz oder des Dialogforums Bund.

Für Difu-Zuwenderstädte besteht die Möglichkeit, sich aus der Palette der Difu-Vortragsthemen einen Impuls online ins Haus zu holen. Difu-Wissenschaftler*innen können zu einer Sitzung, Veranstaltung oder Arbeitsgruppe digital zugeschaltet werden und Themen in der jeweiligen Stadt – begleitet durch Difu-Wissenschaftler*innen – anschieben, zu vermitteln oder weiterentwickeln. Die Übersichten der derzeit angebotenen Themen sind für Zuwender im Difu-Extranet zu finden. Falls das gewünschte Thema nicht dabei sein sollte, so ist es natürlich möglich, dem Institut weitere Themenwünsche und Anregungen zu übermitteln.



Dipl.-Geogr. Ulrike Wolf

Leiterin Wissensmanagement und Fortbildung
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Auszug Veranstaltungsvorschau 1. Halbjahr 2023

Green Cities 2035: Bauwende vor Ort Baustoffe wiederverwenden und das Klima schonen

Sonstige
22. Juni 2023, online
➔ www.difu.de/17844

Kommunalrichtlinie: Energiesparmodelle Antragstellung leicht gemacht!

Kommunaler Klimaschutz
26. Juni 2023, online
➔ www.difu.de/17859

Auszug Veranstaltungsvorschau 2. Halbjahr 2023

Was kostet Klimaschutz? Kosten und Nut- zeneffekte von Klimaschutzmaßnahmen

Kommunaler Klimaschutz
14. September 2023, online
➔ www.difu.de/17927

Natürlicher Klimaschutz

Difu-Seminar
18.–19. September 2023, Köln
➔ www.difu.de/17922

Produktive Stadtquartiere – „Wohnungs- bau first“ oder wie gelingt die Wiederver- zahnung von Wohnen und Arbeiten

Difu-Seminar
25.–26. September 2023, Berlin
➔ www.difu.de/17923

Solare Wärmenetze

Kommunaler Klimaschutz Online-Sprechstunde
11. Oktober 2023, online
➔ www.difu.de/17916

Wirtschaftsverkehr und Verkehrswende – Maßnahmen und Erfahrungen in der nachhaltigen Gestaltung im städtischen Güter- und Lieferverkehr

Difu-Seminar
16.–17. Oktober 2023, Berlin
➔ www.difu.de/17924

Gewerbegebiete im Klimawandel

Difu-Seminar
19.–20. Oktober 2023, Berlin
➔ www.difu.de/17932

Straßenräume neu denken! Ein Beitrag zur dreifachen Innenent- wicklung

Difu-Seminar
19.–20. Oktober 2023, Berlin
➔ www.difu.de/17933

Kommunale Wärmeplanung – Konzept, Aufgabenfelder, Umsetzungsinstrumente

Difu-Seminar
14. November 2023, online
➔ www.difu.de/17934

Solaranlagen an Denkmälern – Neue Technologien und gute Beispiele aus der kommunalen Praxis

Difu-Seminar
20. November 2023, online
➔ www.difu.de/17935

Kommunen als Dialogbrücken?! Stromnetzausbau vor Ort

Difu-Seminar
21. November 2023, online
➔ www.difu.de/17936

Weitere Veranstaltungsangebote am Difu

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte

➔ www.difu.de/veranstaltungen/difu-dialoge

Dialogforum Jugendhilfe

➔ www.jugendhilfe-inklusiv.de

Agentur für Klimaschutz

➔ www.klimaschutz.de/de/agentur

Zentrum KlimaAnpassung

➔ www.zentrum-klimaanpassung.de/termine

Mobilitätsforum Bund

➔ www.mobilitaetsforum.bund.de

Überblick sämtlicher Veranstaltungen
mit Details, Einzelprogrammen und
Online-Anmeldetool – stets aktuell:

➔ www.difu.de/programm

Inklusionsgerechte Kommune: Was ist der Sozialraum?

Difu-Praxisworkshop zeigt, wie mit der Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes mehr integrierte Planungsansätze von Jugendhilfeplanung und Sozialplanung zusammen mit anderen Ressorts entwickelt werden können.

Das Dialogforum „Bund trifft kommunale Praxis. Inklusionsgerechte Kommune – Gestaltungsperspektiven im Rahmen des KJSG“, gefördert vom BMFSFJ, bietet Praxisworkshops für Jugendämter an, in denen es um Ausgestaltung und Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes geht. In der digitalen Veranstaltung am 6./7. Februar 2023 stand das Thema „Sozialraumorientierung“ im Fokus. Dabei ging es besonders um die Frage, wie sozialraumorientierte Jugendhilfeplanung und Sozialplanung im Zusammenhang mit anderen, ebenfalls sozialraumorientierten Planungen umgesetzt werden können. In der Praxis zirkulieren viele mit dem Sozialraum verbundene Begriffe wie z.B. Gestaltungsräume, Planungsräume, Bindungsräume. In dieser Begriffsvielfalt sollte der Workshop mehr Klarheit schaffen. Zugleich wurden praktische Beispiele aus Kommunen vorgestellt, die zeigen, wie durch Kooperation mit anderen Akteur*innen mehr Teilhabe von Kindern und Jugendlichen in ihrem Lebensumfeld entwickelt werden kann.

Ort zusammengebracht werden müssen. Dabei geht es darum, neben der eigenen Fachlichkeit des Jugendamts, auch die anderen Akteure kennenzulernen, miteinander zu kommunizieren, Lücken zu identifizieren und so zu einer stärkeren ressortübergreifenden Zusammenarbeit zu kommen – in der Verwaltung und auf der Quartiersebene.

Konkrete Fachpraxis wurde anhand von drei Beispielen vorgestellt. Carsten Bluhm, Fachbereichsleiter im Jugendamt Essen, berichtete, wie das Fachkonzept Sozialraumorientierung in seiner Stadt umgesetzt wird. Daniel Thomsen, Leiter des Jugendamts Nordfriesland, erläuterte fallunspecifische Arbeit als Teil der sozialraumorientierten Arbeit im Landkreis. Richard König, verantwortlich für das Bildungsmonitoring im Amt für Jugend und Familie der Stadt Leipzig, zeigte wie das Programm „Sozialer Zusammenhalt“ als Ressource im Sozialraum wirken kann.

In der Veranstaltung wurde deutlich, dass es unterschiedliche Fachperspektiven gibt und vieles Sozialraum sein kann. Wichtig ist daher eine Festlegung, wie verschiedene Ansätze im Sozialraum zusammenzubringen sind. Grundlage ist in den Kommunen oft eine Festlegung, die auf Verwaltungsgliederungen basiert. Ziel ist, dass der Sozialraum ein gutes Quartier für alle sein muss. Wesentlich sind die politische Unterstützung und eine entsprechende Haltung der Akteur*innen. Sozialraumorientierte Arbeit heißt, dass die Menschen vor Ort die Expert*innen ihres Lebens sind, ihr Wille im Vordergrund steht. Alle Familien haben Ressourcen, diese gilt es zu aktivieren und zu stärken. Das Jugendamt ist Begleiter, Ermöglicher, Unterstützer in diesen Prozessen. Bundesweit wird sehr unterschiedlich agiert. Die Facetten reichen von langjährigen, von der Politik verabschiedeten Konzepten über Einzelbausteine sozialraumorientierter Arbeit bis hin zu einzelnen Mitarbeiter*innen in Jugendämtern, die sich, intrinsisch motiviert, auf den Weg zu einer sozialraumorientierten Arbeit begeben. Wirklich integrierte Planungsansätze von Jugendhilfeplanung und Sozialplanung zusammen mit anderen Ressorts gibt es noch wenig. Das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz bietet eine gute Grundlage dies zu intensivieren und Kinder, Jugendliche und ihre Familie ganzheitlicher in ihrem Lebensumfeld in den Blick zu nehmen.



Foto: Adobe Stock, Angelov

Das Eingangsreferat hielt Difu-Wissenschaftler Dr. Thomas Franke zur Frage, was der „Raum“ in der Sozialraumorientierung ist und welche Perspektiven und Ressourcen sich damit verbinden lassen. Er erläuterte drei unterschiedliche Raumtheorien, die ihre Relevanz für den Sozialraum, seine Abgrenzung und Ausgestaltung haben und die vor



www.difu.de/17884



Kerstin Landua
+49 30 39001-135
landua@difu.de

Dr. Thomas Franke
+49 30 39001-107
franke@difu.de

Nachhaltiger Wandel durch Kultur?

Wie Kulturverwaltungen gestaltend eine nachhaltige Entwicklung der Kommunen fördern können, diskutierten Vertreter*innen aus Kommunalverwaltungen in einem Difu-WebSeminar im März.

Ziel des Seminars war es, die Rolle von Kultur als querliegende Dimension der Nachhaltigkeit in den Städten zu diskutieren und zu erörtern, wie Kulturverwaltungen diese gesellschaftlichen Veränderungsprozesse mitgestalten können. Veranstaltet wurde das Seminar in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag und der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. Gemeinsam mit den rund 60 Teilnehmenden wurden inspirierende Praxisbeispiele zu städtischen Leitbildern und Strategien sowie (kulturelle) Erprobungsräume für neue Narrative beleuchtet.

Ausgangspunkt für das Seminar bildete die Feststellung, dass das Wissen über eine Wende zur Nachhaltigkeit zwar vorliege, doch notwendige gesellschaftliche Veränderungen bislang (zu) langsam erfolgen. Zunehmend werden andere Zugänge gesucht, um den Wandel zur Nachhaltigkeit voranzubringen. Der Kultur kommt dabei eine wichtige Rolle zu: Musik, Literatur und Kunst können dazu beitragen, auf komplexe Themen wie Nachhaltigkeit aufmerksam zu machen. Darüber hinaus haben kulturelle Institutionen die Möglichkeit Nachhaltigkeitsaspekte in ihre Arbeit integrieren und so die Öffentlichkeit für das Thema sensibilisieren.



Kulturelle Angebote können auch als Treiber für eine nachhaltige Entwicklung in den Städten fungieren, wenn sie eine lebendige und vielfältige Stadtgesellschaft fördern und somit die soziale Nachhaltigkeit stärken. Gelegenheiten zur Teilhabe ermöglicht insbesondere die Soziokultur. Ebenso unterstützen kulturelle Initiativen die ökologische Nachhaltigkeit in Städten, indem sie – wie in der Stadt Witten – mit einer Bibliothek der Dinge zum Leihen von Gegenständen anregen.

Kunst und Kultur kann einen kreativen Raum für Diskurse und Aushandlungsprozesse schaffen. Ein weiteres Beispiel dafür: Die Augsburger Kulturverwaltung verbindet die UNESCO-Auszeichnung für das Augsburger Wassermanagement-System mit dem Narrativ von Trinkwasser als kostbare Ressource und bindet dies in die kulturelle Stadtteilarbeit ein.

Mit einer aktiv gestaltenden Rolle heben kommunale Kulturverwaltungen die Potenziale von Kultur für eine nachhaltige Entwicklung. So trug beispielsweise die Kulturverwaltung von Erfurt durch gezielte Projektförderung im Jahr 2022 dazu bei, einen breiten Rahmen für das Erproben von nachhaltigen Ansätzen zu schaffen. Zudem können Kulturverwaltungen selbst als Vorbilder fungieren. Dies kristallisierte sich als derzeit prioritär verfolgtes Anliegen der anwesenden Kulturverwaltungen im Seminar heraus. Dafür werden verschiedene Ansätze verfolgt. In Dresden bewährt sich eine Charta für Nachhaltigkeit im Kultursektor, zu deren Umsetzung sich die beteiligten Dresdener Kulturinstitutionen verpflichtet haben. Freiburg entwickelt aktuell seine künftigen kulturpolitischen Leitlinien in einem partizipativen Prozess. Augsburg, dessen gesamtstädtische Zukunftsleitlinien ressortübergreifend erarbeitet wurden, stellt kulturellen Institutionen u.a. einen Leitfaden für die Durchführung nachhaltiger Veranstaltungen zur Verfügung.

Die Wende zur Nachhaltigkeit kann auch durch ein Neudenken organisatorischer Strukturen innerhalb des Kultursektors erfolgen. So erprobt die Stadt Witten neue Formen der Zusammenarbeit, um zeitliche Ressourcen und Experimente für ein verändertes Handeln zu ermöglichen.

Insgesamt erweist sich, dass das Potenzial von Kultur für eine nachhaltige Entwicklung in den Kommunen erkannt wird. Aktuelle kommunale Beispiele zeigten im Seminar Möglichkeiten auf, sich strategisch und operativ auf den Weg zu begeben. Künftig gewinnen strategische Kooperationen und eine ressortübergreifende Zusammenarbeit in der Verwaltung sowie eine Aufgabenkritik und Priorisierung zentraler Themen an Relevanz, um eine nachhaltige Entwicklung von und durch Kultur zu stärken.



www.difu.de/17917



Julia Diringer, M.Sc.
+49 30 39001-283
diringer@difu.de

Sabine Wacker, M.A.
+49 30 39001-249
wacker@difu.de





Dagmar Köhler

war seit 2019 Leiterin des Teams Nahmobilität am Difu-Standort Berlin. Sie leitete die Fahrradakademie sowie anschließend die Fortbildungen des Mobilitätsforums Bund – beides umfangreiche, anspruchsvolle Fortbildungsangebote, die das Difu im Auftrag von Bundesministerien durchführt(e). In den Themenfeldern Fuß- und Radverkehr sowie Verkehrssicherheit repräsentierte Dagmar Köhler das Difu versiert und professionell auf nationalen und internationalen Bühnen. Durch ihre breite europäische Erfahrung inspirierte sie das Institut zur weiteren internationalen Vernetzung, beispielsweise durch den Beitritt zum Städtenetzwerk POLIS. Künftig ist Dagmar Köhler für die niederländische Mobilitätsberatung Mobycon tätig.

Michaela Lebsa

unterstützt seit Februar 2023 als Projektassistentin den Forschungsbereich Mobilität am Berliner Standort des Difu. Sie setzt dabei die Fortbildungen des „Mobilitätsforum Bund“ in der Nachfolge der Fahrradakademie um, betreut Online- und Präsenzseminare, Workshops und Fortbildungen zum Radverkehr und ist für das Teilnehmenden-Management verantwortlich. Michaela Lebsa hat an der Technischen Universität Dresden und an der Freien Universität Berlin Linguistik, Kunstgeschichte und Deutsche Philologie studiert. Anschließend arbeitete sie als Produkt- und Projektmanagerin.

Sandra Lindner

verabschiedete sich im Januar 2023 nach sieben Jahren am Difu aufgrund eines Ortswechsels nach Nordrhein-Westfalen. Im Team Nahmobilität arbeitete sie am Berliner Standort als wissenschaftliche Mitarbeiterin in den Themenfeldern Radverkehr, Fußverkehr und nachhaltige Mobilität. Sie machte sich einen Namen als Moderatorin der bekannten Fahrradakademie-Webinare, konzipierte Fortbildungsveranstaltungen und Publikationen. Als Kommunikationsexpertin entwickelte sie maßgeblich eLearnings, virtuelle Veranstaltungen sowie die Twitter-Präsenz im Radverkehr. Zunächst @fahrradakademie, heute @nahmobilitat.

Jannik Lohaus

arbeitet seit Februar 2023 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich Mobilität des Difu am Standort Berlin. Zuvor arbeitete er am Lehrstuhl für Gestaltung von Straßenverkehrsanlagen der Technischen Universität Dresden, nachdem er sein Bauingenieurwesen-Studium mit Vertiefung Stadtbauwesen und Verkehr 2021, ebenfalls in Dresden, abgeschlossen hatte. Am Difu ist er mit fachlichen sowie administrativen Themen der Projektarbeit betraut. Schwerpunkt seiner Arbeit ist die Organisation von Fortbildungsveranstaltungen im Radverkehr sowie die Bearbeitung von Forschungsprojekten zum Thema nachhaltige Mobilität.

Dr. Lisa Ruhrort

übernimmt zum 1. August die Leitung des Teams Stadt- und Regionalverkehr im Difu-Forschungsbereich Mobilität am Berliner Standort. Zuvor war sie Professorin für Innovations- und Changemanagement an der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen. Seit über 15 Jahren forschte sie in einer Vielzahl von Projekten zu den Voraussetzungen der Transformation zu nachhaltiger Mobilität. Forschungsschwerpunkte liegen bei der Förderung und Regulierung von Mobilitätsinnovationen sowie der gesellschaftlichen Akzeptanz für verkehrspolitische Maßnahmen. Schwerpunkte sind u.a. Carsharing, Ridepooling, Dynamiken sozio-technischer Transformationsprozesse an der Schnittstelle von Mobilitätspolitik, Mobilitätskultur und Mobilitätsangebote. Sie studierte Sozialwissenschaften in Berlin, Edinburgh und Bielefeld und promovierte an der TU Berlin.

Katja Theissen

verlässt nach rund zehn Jahren das Difu. Im Forschungsbereich Umwelt im Projekt „Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz“ (SK:KK) arbeitete sie acht Jahre und ist dort vielen kommunalen Akteur*innen von zahlreichen Veranstaltungen und Beratungsgesprächen bekannt. Schwerpunkte ihrer Arbeit im SK:KK waren die Optimierung von Projektmanagementprozessen sowie die zielgruppengerechte Aufbereitung und Vermittlung komplexer Förderinformationen. Zum 1. Mai 2023 wechselte sie ins Regionalmanagement beim Regionalverband Großraum Braunschweig.

Abgebildete (v.l.n.r.)

Dagmar Köhler (Foto: Vera Gutofski), Michaela Lebsa (Foto: Marcus Sielaff), Sandra Lindner (Foto: David Ausserhofer), Jannik Lohaus (Foto: Vera Gutofski), Dr. Lisa Ruhrort (Foto: Marcus Sielaff), Katja Theissen (Foto: Thomas Hedrich)



Difu auf der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages

Das Difu war bei der 42. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages (DST) vom 23.-25. Mai in Köln präsent: Difu-Institutsleiter Prof. Dr. Carsten Kühl und Teamleiter Dr. Henrik Scheller nahmen als Podiumsteilnehmer bzw. Impulsgeber am Forum „Nachhaltigkeitshaushalte, Nachhaltigkeitsrendite & Co. – sinnvoll oder Greenwashing?“ teil. Das Institut informierte die Delegierten zudem mittels Informationsstand über seine Arbeit für die Kommunen. Das zentrale Treffen der rund 1300 Delegierten ist auf der Website des DST ausführlich dokumentiert. Neben den Reden von Bundeskanzler Olaf Scholz, Münsters Oberbürgermeister Markus Lewe und DST-Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy stehen auch der ausführliche DST-Geschäftsbericht und die bei der Versammlung verabschiedete „Kölner Erklärung“ online auf der DST-Website zur Verfügung.
➔ www.t1p.de/gpzgl

Investitionsplanung: Städte für Gemeinschaftsstudie gesucht!

Zusammen mit interessierten Kommunen plant das Difu die Entwicklung eines neuen digitalen Steuerungsinstruments, mit dem Kommunen die Folgen ihrer geplanten Investitionen abschätzen können. Mit dem Tool sollen die langfristigen Wirkungen von Investitionen datengestützt und evidenzbasiert abgeschätzt und haushälterisch abgebildet werden. Viele Kommunen in Deutschland haben Schwierigkeiten beim Erreichen des Haushaltsausgleichs. Das Difu möchte Kommunen bei dieser Aufgabe im Rahmen der Gemeinschaftsstudie unterstützen.
➔ www.difu.de/17893

Umfrage zu digitalen Plattformen für die Stadtentwicklung

Die Auswirkungen digitaler Plattformen auf die Stadtentwicklung sind Gegenstand einer Studie von Difu und Fraunhofer IESE im Auftrag des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen. Kommunen und Plattformbetreiber sind dazu eingeladen, Beispiele für lokale, regionale oder globale Plattformen mitzuteilen, die aus ihrer Sicht Auswirkungen auf die Stadtentwicklung haben. Durch die Befragung werden unterschiedliche Plattformmodelle und ihre Beiträge für die

Stadtentwicklung erfasst. Zudem soll geklärt werden, inwiefern Kommunen Plattformen im Sinne ihrer stadtentwicklungspolitischen Zielsetzungen einbinden können.

➔ www.difu.de/17954

#GemeinsamFürKlimaanpassung

Vom 18. bis 22. September findet die Woche der Klimaanpassung statt. Die Aktionswoche soll auf die vielfältigen Aktivitäten in Städten und Gemeinden aufmerksam machen. Kommunen sind aufgerufen und herzlich dazu eingeladen, ihre Veranstaltungen und Maßnahmen auf der Website des Zentrum KlimaAnpassung (ZKA) zu präsentieren. Die Aktionswoche ist eine Initiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz. Das ZKA ist mit der Ausgestaltung und Umsetzung beauftragt.

➔ www.t1p.de/hd0jc

Green Cities 2035: Verkehrswende in der Stadtregion

Bei der Online-Veranstaltung „Wie geht CO₂-arm Pendeln?“ am 23. März sprach und diskutierte Difu-Wissenschaftlerin Anne Klein-Hitpaß darüber, wie die berufliche Mobilität in der Stadtregion klimafreundlich gestaltet und der motorisierte Individualverkehr verlagert werden könnte. Die Diskussion fand im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltungsreihe von Difu und Heinrich-Böll-Stiftung unter anderem mit dem Baubürgermeister der Stadt Freiburg Martin Haag statt.

➔ www.t1p.de/vpzgz

Berliner Energietage

Difu-Wissenschaftlerin Dr. Stephanie Bock hielt am 23. Mai bei den Berliner Energietagen 2023 den Vortrag „Stromnetzausbau vor Ort: Die Rolle von Kommunen als Dialogbrücken zwischen nationaler Planung und lokalem Protest“. Bei dem jährlich stattfindenden Kongress zur Energiewende treffen sich Akteur*innen aus den Sektoren Energie, Bauen, Wohnen, Klimaschutz und Umwelt.

➔ www.t1p.de/dwqqn

Umweltgerechtigkeit in Berlin

Difu-Wissenschaftlerin Christa Böhme hielt am 3. Mai beim Berliner Umweltgerechtigkeitskongress den Kurzvortrag „Mehr Umweltge-

rechtigkeit vor Ort schaffen: Handlungsempfehlungen für Kommunen“ und nahm an der Panel-Diskussion „Die umweltgerechte Stadt“ teil. Vertreter*innen aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft, Forschung und Praxis nutzten den hybriden Kongress für Austausch, Information und das Anbahnen künftiger Kooperationen zur Thematik der Umweltgerechtigkeit in Berlin.

➔ www.t1p.de/goeuy

Fußverkehrskongress 2023

Difu-Wissenschaftlerin Uta Bauer hat am 18./19. April auf dem Fußverkehrskongress 2023 in Bremen den Vortrag „Kiezblocks – mehr als nur Poller“ gehalten und die Ergebnisse des Internationalen Superblock-Treffens in Barcelona vorgestellt. Bei dem inzwischen vierten Fußverkehrskongress in Deutschland standen die Bedeutung des Fußverkehrs für lebendige Städte, Verkehrssicherheit und Teilhabe aller am öffentlichen Leben Teilnehmenden, die Förderung des Nahverkehrs und die Stärkung des Einzelhandels im Mittelpunkt.

➔ www.t1p.de/125tu

Kommunale Beteiligungskultur: Der Ort sind alle

Difu-Wissenschaftlerin Dr. Stephanie Bock hat am 13. Mai im Rahmen des 37. GRIBS-Kommunalkongresses 2023 „Der Ort sind alle. Mitreden, Mitwirken, Mitbestimmen.“ den Vortrag „Kommunale Beteiligungskultur – ein Schlüssel für zukunftsfähige Städte und Gemeinden“ gehalten. GRIBS ist der Zusammenschluss der grünen und grünnahen Kommunalpolitiker*innen in Bayern und Partner für Kommunalpolitik im Landesverband der bayerischen Grünen.

➔ www.t1p.de/muwok

Aktive Mobilität

Auf dem 24. Bundesweiten Umwelt- und Verkehrskongress (BUVKO) hielt Difu-Wissenschaftlerin Anne Klein-Hitpaß am 31. März den Vortrag „Aktive Mobilität – Was uns bewegt“. Der BUVKO fand unter dem Motto „Was uns antreibt – gesund und klimaschonend unterwegs“ an der Leuphana Universität in Lüneburg statt.

➔ www.t1p.de/dajdx

Fotos (v.l.n.r.)

1: Johanna Klauack, 2: Vera Gutofski, 3: pixabay (LVER), 4: Sybille Wenke-Thiem



Online-Infos für Difu-Zuwender und Öffentlichkeit

Im Difu-Inter- und Extranet sind viele aktuelle, kommunal relevante Informationen zu finden, u.a. Vortrags- und Seminardokumentationen, Seminarberichte und Online-Publikationen. Einige der Materialien sind exklusiv für Difu-Zuwender, daher lassen sie sich nur über das Stadtnetz bzw. ein Passwort öffnen. Zuwender gelangen auf der Difu-Homepage an die Infos über die Rubrik „Extranet“. Im Berichte-Magazin sind Exklusiv-Inhalte mit diesem Symbol ★ gekennzeichnet.

Ausschließlich Rat und Verwaltung der Difu-Zuwenderstädte bzw. -verbände haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet: [➔ www.difu.de/extranet/](http://www.difu.de/extranet/)

Übersicht der Städte bzw. Verbände, die zum Kreis der Difu-Zuwender gehören: [➔ www.difu.de/15192](http://www.difu.de/15192)

Sollten trotz Zuwenderstatus der Zugang ins Difu-Extranet nicht funktionieren, Probleme im Umgang auftreten oder Fragen bestehen, so hilft der Bereich Wissensmanagement des Difu gern weiter:

Dipl.-Geogr. Ulrike Wolf
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Kostenfreie Difu-eBooks für Zuwender:

Die Bestellung von Difu-eBooks kann direkt durch Ratsmitglieder und Verwaltungsmitarbeitende der Difu-Zuwenderstädte und -verbände erfolgen. Zudem mailt das Difu an seine Difu-Ansprechpartner*innen auf Wunsch automatisch bei Erscheinen neuer eBooks die Codes zum kostenfreien Download (der sonst kostenpflichtigen Difu-Neuerscheinungen) zu. Weitere Infos können über die E-Mail-Adresse vertrieb@difu.de angefragt oder auf der Difu-Website eingesehen werden: [➔ www.difu.de/12544](http://www.difu.de/12544)

Veröffentlichungen zum Download

Difu-Magazin Berichte 2/2023

[➔ www.difu.de/17950](http://www.difu.de/17950)

Halbzeitbilanz zur Umsetzung der Agenda 2030 in deutschen Kommunen

[➔ www.difu.de/17948](http://www.difu.de/17948)

KfW-Kommunalpanel 2023

[➔ www.difu.de/17899](http://www.difu.de/17899)

Stadtnatur erfassen, schützen, entwickeln: Orientierungswerte und Kenngrößen für das öffentliche Grün. Naturschutzfachl. Begleitung der Umsetzung des Masterplans Stadtnatur

[➔ www.difu.de/17898](http://www.difu.de/17898)

OB-Barometer 2023 des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu)

[➔ www.difu.de/17892](http://www.difu.de/17892)

Kooperative Planungsprozesse zur Stärkung gesundheitlicher Belange – modellhafte Erprobung und Entwicklung von Ansätzen zur nachhaltigen Umsetzung

[➔ www.difu.de/17929](http://www.difu.de/17929)

Fokus: Die ersten 100 Tage als Klimaschutzmanager*in (2. Auflage)

Tipps für einen gelungenen Einstieg

[➔ www.difu.de/17878](http://www.difu.de/17878)

Kommunale Investitionen in Klimaschutz und -anpassung: finanzielle Dimensionen und Rolle der Kämmereien
Sondergutachten im Rahmen des KfW-Kommunalpanels

[➔ www.difu.de/17860](http://www.difu.de/17860)

Kommunalrichtlinie: Strategie der Bundesförderung im kommunalen Klimaschutz

[➔ www.t1p.de/zozlo](http://www.t1p.de/zozlo)

Veranstaltungsdokumentationen, Vorträge und Videos

Nachhaltigkeitshaushalt und Nachhaltigkeitsrendite: Neue Ansätze zur Steuerung der Transformation über den kommunalen Haushalt

[➔ ★ www.difu.de/17884](http://www.difu.de/17884)

Inklusionsgerechte Kommune: Was ist der Sozialraum?

[➔ ★ www.difu.de/17884](http://www.difu.de/17884)

Nachhaltiger Wandel durch Kultur?

[➔ ★ www.difu.de/17917](http://www.difu.de/17917)

Nachhaltiges Bauen in Kommunen – wie ist das zu schaffen?

[➔ ★ www.difu.de/17908](http://www.difu.de/17908)

Resiliente Stadt durch digitale Anwendung

[➔ ★ www.difu.de/17907](http://www.difu.de/17907)

Parken im Quartier

[➔ ★ www.difu.de/17900](http://www.difu.de/17900)

Neue Aufgaben – alte Strukturen?

[➔ ★ www.difu.de/17920](http://www.difu.de/17920)

Innovative Formate für die kommunale Starkregen- und Hitzevorsorge

[➔ ★ www.difu.de/17868](http://www.difu.de/17868)

Lokale Klimapolitik als Baustein der Beteiligungskultur

[➔ ★ www.difu.de/17849](http://www.difu.de/17849)

Urbane Transformation anpacken und steuern

[➔ ★ www.difu.de/17831](http://www.difu.de/17831)

Nachrichten aus dem Difu-Extranet

[➔ ★ www.difu.de/extranet/nachrichten](http://www.difu.de/extranet/nachrichten)



Foto: Gina Sanders, Adobe Stock

Presseresonanz – das Difu in den Medien

Nachfolgend eine Auswahl von Beiträgen, in denen das Difu online erwähnt wurde – in Form von Interviews, Zitaten, O-Tönen, Difu-Projekt-, -Veröffentlichungs- oder -Veranstaltungsnennungen. Die Links führen zu den Beiträgen.

MDR aktuell, 12.6.2023

Fachkongress für kommunales Energiemanagement

Difu-Wissenschaftler Björn Weber im Interview über den 25. Fachkongress für kommunales Energiemanagement in Eisenach

„Wärmewende gestalten – Wie Kommunen ins Handeln kommen!“

➔ www.t1p.de/m174s

Berliner Mieterverein, 30.5.2023

Baugebote: Meist reicht der Wink mit dem Zaunpfahl

Obwohl in Berlin dringend Wohnraum gebraucht wird, lassen Eigentümer*innen baureife Grundstücke brachliegen. Sie spekulieren auf Wertzuwachs. Baugebote könnten hier helfen.

➔ www.t1p.de/40xvt

Treffpunkt Kommune, 24.5.2023

Citytransformation: Alles bleibt im Wandel

Abnehmende Frequenz, Leerstand, verödete Straßenzüge. Damit sind die Innenstädte aber längst nicht am Ende: Es gibt bereits gute Erfahrungen mit neuen Nutzungskonzepten.

➔ www.t1p.de/l4ncv

#stadtvonmorgen, 15.5.2023

Klimaschutz als Dauerthema im OB-Barometer

In der Flüchtlingspolitik und beim Klimaschutz finden sich laut OB-Barometer des Difu die stadtstrategisch drängendsten Gestaltungsaufgaben.

➔ www.t1p.de/q23yr

Deutschlandfunk, 9.5.2023

Wie Kommunen Energie sparen wollen

Der Bund will Länder und Gemeinden per Gesetz zu Vorbildern im Energiesparen machen. Einige Kommunen versuchen das schon freiwillig, zum Teil ohne großen Aufwand und preiswert.

➔ www.t1p.de/k8l9r

WELT, 5.5.2023

Wie Deutschlands Innenstädte gerettet werden können

Tausende Ladengeschäfte werden schließen, womit vielen Innenstädten das Ende droht. Ricarda Pätzold vom Difu erklärt, wie sich das vermeiden lässt.

➔ www.t1p.de/ps14h

Deutschlandfunk Kultur, 2.5.2023

Die Zukunft des Dorfs: Eine Lebensweise in der Kritik

Auf dem Dorf leben, in der Stadt arbeiten. Für viele ist das ein Traum, doch der Preis dafür ist hoch und nachhaltig ist es auch nicht. Wie zukunftsfähig ist das Leben auf dem Land?

➔ www.t1p.de/cjxhl

Deutschlandfunk, 20.4.2023

Sintfluten und Hitzewellen – wie sich Kommunen anpassen können

Starkregen, Überflutungen und Hitzewellen werden ein immer größeres Problem für deutsche Kommunen. Difu-Wissenschaftler Jens Hasse über Maßnahmen zur Klimaresilienz in Städten.

➔ www.t1p.de/f7pu7

rbb, 11.4.2023

Warum sind Baustellen so gefährlich für Radfahrer?

Seit 2021 gibt es in Berlin einen Leitfaden zur Fuß- und Radwegführung an Baustellen. Trotzdem ist der Verkehr dort oft unlogisch und teils gefährlich.

➔ www.t1p.de/fegkn

fluter, 5.4.23

Die ganz große Nähe

Paris, Berlin oder Hamburg wollen eine „15-Minuten-Stadt“ sein. Sieht so die Metropole der Zukunft aus?

➔ www.t1p.de/b06o9

Deutschlandfunk Kultur, 3.4.2023

Aus für E-Scooter in Paris: Endlich eine Kultur des Widerstands?

Nach dem E-Scooter-Verbot in Paris: Braucht es auch in Deutschland ein Verbot oder können die Roller einen Beitrag zur Verkehrswende leisten? Uta Bauer vom Difu im Interview.

➔ www.t1p.de/tfdnd

Alternative Kommunalpolitik, 23.3.2023

Kommunale Verkehrsinfrastruktur: Es bröckelt

Eine bundesweite Kommunalbefragung des Difu zeigt, dass nach Einschätzung der Kommunen ein Drittel ihrer Verkehrsstraßen in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand ist.

➔ www.t1p.de/tj57j

Bayerische Staatszeitung, 24.3.2023

„Weg vom Gedanken der autogerechten Stadt“

Uta Bauer, Wissenschaftlerin am Deutschen Institut für Urbanistik, über die umstrittene sogenannte 15-Minuten-Stadt.

➔ www.t1p.de/cfabl

#stadtvonmorgen, 24.3.2023

Zwischen Resilienz und Smart City

Um Krisen und Transformationsaufgaben meistern zu können, sollten Städte Resilienzkriterien erfüllen. Digitalisierung hilft dabei.

➔ www.t1p.de/98yqs

tagesschau, 21.3.2023

Städte kaum vorbereitet: Risiko Starkregen

Die gestiegenen Bodenpreise verhindern die Schaffung von Wohnraum, Platz für Schulen, Verwaltung und Kultur. Expert:innen diskutieren über die „Rückeroberung“ des Bodens.

➔ www.t1p.de/b8iz6

WDR, 14.3.2023

Kaufhaus-Schließungen als Chance: So bleiben Innenstädte lebenswert

Was können wir von anderen europäischen Städten lernen? Das Deutsche Institut für Urbanistik hat elf Beispielstädte untersucht.

➔ www.t1p.de/5b313

hr inforadio, 28.2.2023

Vorbild Barcelona? Wie Innenstädte dem Online-Handel trotzen

Die Nutzung von Straßen durch Lieferdienste kostet Städte viel Geld. Wäre eine Lieferdienst-Steuer eine sinnvolle Lösung? Wie wirkt sich der Onlinehandel auf die Innenstädte aus?

➔ www.t1p.de/szlf9

